№ 203. Morgenblatt.
Freitag, 2. Mai.

Die „Volks-Zeitung" erscheint täglich zwei Mal — Morgens und Abends — mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Chef-Redakteur: Karl Vollrath in Berlin.
Redaktion und Haupt-Expedition: W. Lützowstraße 105.
Annahmestellen für Abonnements u. Inserate: W. Kronenstraße 46. O. Gr. Frankfurter Str. 87. SO. Kottbuser Str. 1. S. Kommandantenstr. 58. N. Chausseestr. 67. O. Neue Schönhauserstr. 5.
Druck und Verlag: „Gutenberg", Druckerei und Verlag, Akt.-Ges. Berlin W., Lützowstraße 105.

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gratis-Beilage: „Gutenberg's Illustrirtes Sonntagsblatt."

Berlin.
1902. — 50. Jahrgang.

Abonnementspreis für Berlin:
Vierteljährlich zwei Mal täglich zugestellt 4,50 M.
nur Morgens „ 4,— „
Monatlich zwei Mal täglich „ 1,50 „
„ nur Morgens „ 1,35 „
Wöchentlich 35 Pfennig.
Beim Geldabholen aus der Expedition: Quartal 3,25 M., Monat 1,10 M., Woche 30 Pf.
Einzelne Nummer: 10 Pfennig.
Bei allen Deutschen Postanstalten: pro Quartal 4,50 M. monatlich 1,50 M.

Insertionsgebühr:
Für die gewöhnliche Zeile 40 Pfennig.

Einträgliche Fasten.

Der „Germania" wird aus Madrid über die Feierlichkeiten zur Königskrönung berichtet, wobei folgender „Gewissensfall" erwähnt wird, der bei dieser Staatsaktion eine große Rolle spielen soll: „Einiges Kopfzerbrechen verursacht noch das zu Ehren der fürstlichen Gäste geplante Bankett im königlichen Schlosse. Da der 17. Mai, der Tag der Eidesleistung, an welchem es stattfinden soll, ein strenger Fasttag ist, so darf an diesem Tage kein Fleisch gegessen werden. In dieser Verlegenheit (!) hat man sich nun an den päpstlichen Nuntius gewendet, welcher dem Staatssekretär des Papstes, Kardinal Rampolla, von dem Fall Kenntniß gegeben und um Dispens gebeten hat, welcher jedenfalls ertheilt werden wird."

Derselbe „Gewissensfall" spukte vor einiger Zeit schon in einem Berliner liberalen Blatte, und wenn die „Germania" ihre Nachricht nicht als Madrider Original-Korrespondenz gegeben hätte, müßte man annehmen, daß sie auf den Scherz des liberalen Berichterstatters hineingefallen ist. Jedenfalls aber verräth die „Germania" wieder einmal diejenige Unkenntniß in katholischen Dingen, die sie kezerischen Blättern stereotyp zum Vorwurf macht.

Der 17. Mai ist als Vigil-(Vorabend) Tag von Pfingsten allerdings katholischer Fast- und Abstinenztag. Allein von diesem Fasten kann jeder Diözesanbischof dispensiren, und seitdem die Ultramontanen nach Beendigung des Kulturkampfes als gute Patrioten wieder reichlicher als sonst an Kaisergeburtsfeiern theilnehmen, kann man häufig in der „Germania" selbst lesen, daß die Katholiken, wenn der Tag auf einen Freitag fällt, durch die Diözesanbischöfe vom Fasten und Abstinenz dispensirt werden. Daher brauchen auch die Spanier deswegen nicht nach Rom zu gehen.

Aber in Spanien liegt die Sache noch viel einfacher.

In der Fastenzeit dieses Jahres verrieth der Madrider Berichterstatter der „Nordd. Allg. Ztg.", die sonst den Ultramontanen nicht wehe thut, daß es in Madrid sehr lustig zugehe, denn wer ohne Gewissensskrupel sich des Fastens entschlagen wolle, der kaufe sich einfach eine in den Sakristeien und sogar in den Buchhandlungen feil gehaltene päpstliche Bulle, die dem Käufer außer einer Serie von Ablässen auch das Recht ertheile, an allen Freitagen des Jahres und an allen Vigilagen der hohen Feste, sowie in der ganzen Fastenzeit Fleisch zu essen. Die „Köln. Volksztg." fuhr dem Offizioso der „Norddeutschen" zwar gewaltig in die Parade und brummte etwas von Unsinn und „protestantischer Unwissenheit". Bald aber mußte sie sich durch eine Zuschrift aus ihrem eigenen Leserkreise und von einem Madrider Korrespondenten belehren lassen, daß die Sache sich buchstäblich so verhalte.

Es handelt sich, wie wir unserseits erläuternd hinzufügen wollen, um die sogenannte Kreuzbulle, die in Madrid und in ganz Spanien nach mittelalterlichem Brauche noch jedes Jahr mit großem Prunke verkündigt und zum Verkaufe ausgeboten wird. Jeder am Gängelbande des Klerus gehende Spanier sieht es für eine Ehrensache an, die Bulle wenigstens ein Mal im Jahre zu erwerben — gestattet ist ein mehrmaliger Kauf — um sich namentlich in der Fastenzeit ihrer Vortheile zu erfreuen. Der Preis ist bei dem Massenabsatz, mit dem in dem klerikalisirten Spanien noch immer gerechnet werden kann, für die Kirche sehr einträglich; die allervornehmsten Leute zahlen 8 Realen (2 Francs), minder vornehme 4 und „gewöhnliche" Leute 2 Realen. Trotz des relativ geringen Preises bringt der Kirche dieser lukrative Handel noch etwa 3 Millionen ein, wovon 300 000 Pesetas an Buchhändler- und anderen Spesen abgehen.

Solchen kompletten Ablaßhandel kann die Kirche natürlich nur noch in dem frommen Spanien treiben, weshalb denn auch der Verfasser eines Spezialartikels über die Kreuzbulle in der neuesten Auflage des Freiburger katholischen Kirchenlexikons noch im Jahre 1883 bedauernd schreibt, daß die Bulle seit dem 16. Jahrhundert in den mit Ketzern und Ungläubigen gemischten Ländern „nach den Regeln der Pastoralklugheit" (sic!) nicht mehr feil geboten werde. So konnte es passiren, daß selbst die ultramontane „Kölnische Volkszeitung" die Behauptung von der Existenz dieser Bulle für „Unsinn" erklärte.

So liegen die Dinge in Wirklichkeit. Wann wird dem spanischen Volke der Retter kommen, der es erlöst aus den Banden der Klerisei, damit es aus seiner geistigen und physischen Verarmung empor strebe zum Licht, zur Freiheit und zum Wohlstande!

Von der Eröffnung der Düsseldorfer Ausstellung.

Gestern Nachmittag 2½ Uhr begann in der großen Festhalle der Ausstellung ein Festmahl, an dem gegen tausend Personen theilnahmen. Der Kronprinz hatte in der Mitte der Ehrentafel Platz genommen. Nach dem ersten Gang erhob sich der Reichskanzler Graf Bülow und hielt folgende Ansprache:

Euere Kaiserliche und Königliche Hoheit!
Meine Herren!

Es ist mir eine angenehme Pflicht, der großen Schaar wackerer Männer, die zum Gelingen der Rheinisch-Westfälischen Industrie- und Gewerbe-Ausstellung beigetragen haben, die Versicherung zu geben, daß die nicht geringen Erwartungen, mit denen wir und die auswärtigen Gäste nach Düsseldorf kamen, durch die Eindrücke des hier Gebotenen in vielen Punkten noch übertroffen worden sind. Ich sage Niemandem in dieser Versammlung etwas Neues, wenn ich vor allem dankbar auf das Interesse hinweise, das Se. Majestät der Kaiser und König für diese Ausstellung vom ersten Augenblicke des Planes bis zur Verwirklichung bekundet hat. Ein Zeichen Seines Wohlwollens ist es, daß wir die Freude haben (zu dem Kronprinzen gewendet) Euere Kaiserliche und Königliche Hoheit als den Protektor dieser Ausstellung bei der heutigen Feier in unserer Mitte zu begrüßen. Euere Kaiserliche und Königliche Hoheit haben sich davon überzeugen können, wieviel Großartiges in industrieller und künstlerischer Hinsicht die Düsseldorfer Ausstellung enthält. In der Industriehalle, in den verschiedenen Einzelpavillons und noch mehr in der großen Maschinenhalle sind unseren Blicken Schaustücke der Technik und des Gewerbefleißes vorgeführt worden, wie sie meines Erachtens so ernst und wuchtig selbst auf den europäischen Universalausstellungen kaum jemals anzutreffen waren. (Beifall.)

Unser großer Königsberger Weiser Kant hat auf seine erste Schrift die Bezeichnung vorangesetzt: „Von der wahren Schätzung der lebendigen Kräfte." Ich glaube, daß wir nach unserem heutigen Rundgang in dieser Schätzung reicher geworden sind. Unsere Ausstellung — und daran hat heute Vormittag in seiner Eröffnungsrede Ihr hochverdienter Vorsitzender Geheimrath Lueg erinnert, das haben viele Mitarbeiter an dem großen Werke in sorgenvoller Stunde erfahren — ist in einer Zeit durchgeführt, da die Industrie und gerade die Eisenindustrie unter einer ungünstigen Gestaltung des Weltmarktes zu leiden hatte. Aus eigener Kraft ist solchen Schwierigkeiten zum Trotz das Unternehmen emporgewachsen, in dessen Vollendung die rheinisch-westfälische Industrie heute, wie in einem Spiegel, ihre eigene Tüchtigkeit erblicken kann. Ich habe an dieser Stelle weit weniger einen Ausdruck der Erkenntlichkeit entgegen zu nehmen für die Mühlife der Behörden, als umgekehrt im Namen der königlichen Staatsregierung zu danken für das hier in Düsseldorf gegebene Beispiel von Selbstvertrauen und Thatkraft unter erschwerenden Umständen, (Bravo) Ihnen zu danken, meine Herren, den Unternehmern, wie den Arbeitern, die so dem Lande und der Welt bewiesen haben, daß sich der Deutsche und nun gar der eisenecknde Westfale nicht so leicht umschmeißen läßt. (Lauter, anhaltender Beifall.) Was die Reichsverwaltung zu einer stetigen Entwickelung, zu einem neuen wirthschaftlichen Aufschwung beitragen kann, das zu leisten, sind wir nach besten Kräften bestrebt.

Wir wissen, daß es das Ziel der Reichspolitik ist, auf der einen Seite der Landwirthschaft aus schwieriger Lage nachhaltig aufzuhelfen und damit zugleich den inländischen Waarenabsatz zu steigern (erneutes Bravo), auf der anderen Seite der deutschen Industrie-Arbeit vertragsmäßige Bürgschaften für ungestörte Ausfuhr ihrer Erzeugnisse zu wahren. (Lebhafter Beifall.) Dieselben sind die verbündeten Regierungen in der Tarifvorlage in Betreff erheblicher Zollerhöhungen für Agrarprodukte bis an die Grenze des mit dem Abschluß langfristiger Handelsverträge noch zu Vereinbarenden gegangen, aber auch nicht weiter. (Stürmischer Beifall und Bravo!)

Zu dem langwährenden Meinungskampfe, der dabei zu überwinden ist, soll uns stets das Vorbild unseres Kaisers voranleuchten, der seinen schönsten Ruhm darin findet, unermüdlich unser Gesammtvorbild zu sein. (Beifall.) Ihr verehrter Herr Oberbürgermeister hat vor wenigen Wochen bei der Einweihung Ihrer großartigen Rheinuferbauten mit Recht hervorgehoben, welchen Dank diese Stadt unserem Kaiser dafür schuldet, daß ihre Bürger aus Vertrauen auf die Sicherheit unserer Weltstellung reiche Mittel einsetzen konnten, um Düsseldorf zu einer Stadt des Weltverkehrs zu machen. Ihnen, meine Herren, als Männern des praktischen Lebens, ist wohlbewußt, wie viel mehr die materielle Wohlfahrt des Landes, die Entwickelung der wirthschaftlichen Kräfte von der Stellung des Reiches und Erhaltung des Friedens unter Wahrung unserer Interessen und unserer Würde nach außen abhängt, als von der Durchführung dieses oder jenes Parteiwunsches im Innern. (Bravo.) Diese Basis für eine gedeihliche Entwickelung der Arbeit in Stadt und Land zu sichern und zu gestalten, das betrachte ich als Reichskanzler in voller Uebereinstimmung mit dem Kaiser als meine vornehmste Aufgabe. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Ihm aber, dem Wahrer der Nation und Schirmherrn des Friedens, erneuern wir auch in dieser Stunde das Gelübde unwandelbarer Liebe und Treue, indem wir rufen: Seine Majestät der Kaiser lebe hoch und nochmals hoch und immerdar hoch!

Das Orchester intonirte die Nationalhymne; nach dem Erklingen des ersten Verses ertönte stürmischer, andauernder Beifall.

* * *

Nachträglich wird noch offiziös telegraphisch gemeldet, daß auf die bei der Eröffnung gehaltene Ansprache des Herrn Lueg der Kronprinz erwiderte:

Mein lieber Herr Geheimrath Lueg! Daß Sie in dem Augenblick, wo deutsche Industrie, deutsches Gewerbe und deutsche Kunst sich anschicken, die Proben ihrer Kraft und ihres Könnens vor aller Welt zu zeigen, derer nicht vergessen, die in unserem Vaterlande, eingedenk ihres hohen Fürstenberufes, fördernd Handel und Wandel förderten und die Kunst schützten, das hat mich besonders wohlthuend berührt. Für meine Vorfahren und zunächst im Namen meines Herrn Vaters danke ich Ihnen dafür. Und nicht minder danke ich Ihnen allen, meine Herren, für den Ausdruck der freundlichen Gesinnung, welche Sie mir, als dem Schirmherrn dieser Ausstellung, entgegen bringen.

Hier an dieser Stelle will ich es noch einmal aussprechen: Die Uebernahme des Protektorats über Ihr großes Unternehmen ist mir von ersten Augenblick an eine große Freude gewesen; jetzt aber, da das Werk vollendet vor uns steht, gereicht mir das Protektorat zur stolzen Genugthuung! Seit Jahresfrist hatte ich Gelegenheit, den Werdegang dieser gigantischen Schöpfung zu beobachten, die geniale geistige Arbeit, die in ihr steckt, zu bewundern und mich an der Thatkraft zu freuen, deren deutsche Köpfe und deutsche Arme fähig sind.

Wenn irgendwo, hier könnte man lernen, daß ein opferfreudiger, Mittel großes zu vollbringen vermag. Niemand kann daher dem Werke inniger und aus aufrichtigerem Herzen Gedeihen und Erfolg wünschen, als wir ich es thue!

Industrie und Handel, sie treten heute mit der Kunst einträchtig verbunden auf den Plan, und das, meine ich, giebt dem Ganzen einen besonders guten Klang, daß man hier in Düsseldorf, wo die Fabrikschornsteine rauchen und die Eisenhämmer pochen, der Kunst einen Tempel errichtete, wie er heute

---

Nachdruck verboten.

Jugendfreunde.

Roman von Clarissa Lohde.

9)

Der Kommerzienräthin ging Heinz außerdem bei der Ausstattung der Ehrenberg'schen Villa eifrig zur Hand. Bei allen Einkäufen mußte er zugegen sein, mit ihr alle Tage die Fortschritte der Handwerker beobachten. Heinz war Feuer und Flamme dabei, bereitete es ihm doch ein prickelndes Vergnügen, für seines Freundes bewunderte Frau das Nest zu bereiten. — Bei allem, was er anordnete, stand Ellens Bild in seinem ganzen Zauber vor seiner Seele. Im Boudoir sah er sie im losen, spitzenumwogten Morgenkleide auf der orientalischen Seide des Divans anmuthig hingegossen, von einem durch Vorhänge gedämpften warmen Licht umflossen, — dann wieder in glänzender Toilette, von Juwelengefunkel überrieselt, in ihren Empfangsräumen mit königlichem Anstand ihre Gäste begrüßend. Alles sollte so gedacht, geordnet werden, daß es ihrer Schönheit zur würdigen Folie diente, sie wirksam hervorhob.

„Jeder Raum, wie für eine Göttin," so versicherte er oft der Kommerzienräthin.

Zuweilen flammte es auch dämonisch in ihm auf, daß er das alles für einen andern schaffe, für den Freund, dem er in Wahrheit kein Freund mehr war, dem er Ellen neidete, die ihm ihre Schönheit und ihren Reichthum dargebracht. Denn was war der bescheidene Wohlstand, den er durch seine Heirath gewonnen, im Vergleich zu den Schätzen, die Ehrenberg durch seine Gattin erlangt hatte? — Und dazu ein solches Götterweib, wie diese Ellen, dagegen verblaßten ja völlig Gerdas schon etwas verblühte Reize.

In solchen Momenten stürzte er mitten aus der Arbeit fort, so daß Tapezierer und Dekorateure ihm erstaunt nachschauten, und sich oft rathlos bei der Frau Kommerzienräthin beklagten, die dazu nur gutmüthig lächelte und beruhigend meinte, das sei nun so einmal Künstlerart, darin müsse man sich finden.

In den Parterreräumen, die Heinz kaum betreten hatte, waltete während dessen Karl, Ehrenbergs Diener, und überführte nach den glänzenden Räumen die schlichte Einrichtung seines Herrn, die sich ganz sonderbar ausnahm im Vergleich zu dem im oberen Stockwerk sich gleißend ausbreitenden Luxus. — Das Einreihen der Bibliothek hatte ein junger Assistent des Professors übernommen, der mehrere Wochen lang dort von Morgens bis Abends beschäftigt war. Zuweilen erschien auch Lulu in diesen Räumen, um ein wenig nach dem Rechten zu sehen, und sich dieses oder jenes Buch zu ihren Studien zu holen.

Ellen schrieb selten, und jedesmal, wenn es geschah, hatte sie Aufträge für die Einrichtung ihrer Wohnung, mit der sie sich auf der Reise fortwährend beschäftigte.

Sie war mit ihrem Manne in London, dann in Brüssel gewesen. Nun durchreisten sie Frankreich, um den September in Paris zu verleben, von wo dann noch ein Abstecher nach Italien in Aussicht genommen war.

„Du berührst immer nur Aeußerlichkeiten", schrieb Lulu der Schwester zurück. „Erzähle doch einmal etwas von Eurem Zusammenleben. — Bist Du glücklich?" Darauf traf dem aus Paris ein mehrere Seiten langer Brief ein:

„Du fragst mich nach unserm Zusammenleben Lulu, fragst mich, ob ich glücklich bin! — Ja, liebe Lulu, Du als Philosophin solltest mir zuvor erklären, was Du unter Glück verstehst. — Ist es Zufriedenheit? Nun, dann kann ich Dir antworten: vorläufig wenigstens bin ich mit meinem gestrengen Eheherrn nicht unzufrieden. — Er ist von ausgezeichneter Höflichkeit gegen mich, und erfüllt alle meine Wünsche, soweit sie nicht seine Arbeiten berühren. — Arbeiten auf der Hochzeitsreise!' — ist das erhört? — Du mußt nämlich wissen, daß ich in London sowohl wie in Paris stundenlang auf mich allein angewiesen war und hin, da Wolf, wie er sagt, Studien in den Bibliotheken machen muß. — Doch ist mir das hier in Paris weniger unangenehm. Ich werfe mich dann in Toilette, und fahre, von meiner Zofe begleitet, nach dem Bois de Boulogne, oder schlendere auf den Boulevards umher, und bewundere die Auslagen der Schaufenster, die geradezu berauschend sind. Du kannst Dir denken, daß ich viel gekauft habe, womit ich im Winter zu glänzen gedenke, wenn nicht — o, armseliges Loos der Frauen — etwas dazwischen tritt, was mir die Geselligkeit unmöglich macht. Ich kann Dir im Vertrauen sagen, daß ich bei meiner Verheirathung an ein Kind gar nicht gedacht habe, und es mir eigentlich auch nicht wünsche. Wolf aber thut ja furchtbar beglückt und umgiebt mich mit einer mir fast peinlichen Sorge und Zärtlichkeit. Aus diesem Grunde — wenn es sich bewahrheiten sollte, und ich fürchte, es ist so — werden wir wahrscheinlich die Reise nach Italien aufgeben. Wolf fürchtet nämlich, die lange Reise mit der Eisenbahn könne mir schaden. Dafür werden wir noch länger in Paris bleiben, und das finde ich himmlisch, denn es giebt nur ein Paris, das kann ich Dir sagen. Ich weiß nicht, woran es liegt, aber die ganze Luft hier ist wie von einem besonderen Hauch durchweht, so wonnig aus- und anregend. — Was man in der Oper für Toiletten sieht, davon hast Du keinen Begriff! — Neulich, als wir einer Vorstellung des Gounod'schen „Faust" beiwohnten, war Théâtre paré. Was ich da an Brillanten, Federn, echten Spitzen, Seide und Sammet beisammen sah, ist gar nicht zu beschreiben. Die meisten Damen hatten gefärbtes rothes Haar, und ich genirte mich fast, daß meines ungefärbt war. — Wolf aber sagte mir gerade darüber einige Artigkeiten, was er sonst selten thut — daß namentlich der Brillantkamm, den er mir geschenkt zu dem dunklen Braun meines Haares besonders gut passe. — Ich bemerkte denn auch, daß ich viel angesehen wurde und einige der elegantesten Kavaliere — denn elegant sich zu kleiden, das sehe ich jetzt ein, verstehen nur die französischen Herren — lorgnettirten mich stark, was Wolf sehr unwillig machte, und ihn beinahe veranlaßt hätte, die Oper noch vor ihrem Schluß zu verlassen.

Neulich waren wir bei unserem Gesandten eingeladen, und Wolf wurde mit großer Auszeichnung empfangen. Siehst Du, das gefiel mir, und in dem Augenblick fühlte ich mich zufrieden mit meiner Wahl, da sie mir eine Stellung in der Welt giebt, wie ich sie mir immer gewünscht habe. — Auch bei einigen Professoren waren wir eingeladen, und überall erntete ich Beifall durch meine Erscheinung. Wir revanchirten uns darauf durch ein solennes Diner im Hotel, und ich kann Dir sagen, dieses Diner stellte mein Hochzeitsmahl vollständig in den Schatten. — Uebrigens muß ich Dir gestehen, daß ich noch nie etwas langweiligeres erlebt habe als eben dieses Hochzeitsmahl. Wolf aber spricht immer noch ganz gerührt und entzückt von dem Tage, der uns vereint hat, und daher betrachte dieses Geständniß als ein durchaus vertrauliches. — Nach diesem unserm Pariser Diner übrigens wurde mir — horribile dictu — die erste Gardinenpredigt zutheil. Eigentlich soll sie doch von den Frauen den Männern gehalten werden, bei uns aber war das umgekehrte der Fall. — Ich hatte

---

Neu eintretende Abonnenten erhalten den bereits erschienenen Theil dieses Romans auf Wunsch unentgeltlich nachgeliefert.

unsere Ausstellung schmückt. Das mag der Welt beweisen, daß wir Deutschen im materiellen Wettbewerb unsere ideale Aufgabe nicht vergessen. Und nun noch ein Wort, um deter zu gedenken, welche sich um das Gelingen der Ausstellung, deren Eröffnung wir heute feiern, großes und bleibendes Verdienst erworben haben; sie alle, vom obersten Leiter des Unternehmens bis zum letzten Arbeiter wollen wir nun von Herzen beglückwünschen, sie Alle mögen stolz auf ihre That sein! So dürfen wir hoffen, daß der Lohn um so viel Mühe nicht ausbleibe, daß unserer Ausstellung ein voller Erfolg beschieden sei! Diesem berechtigten Wunsche lassen Sie uns Ausdruck geben in dem Rufe: Die rheinisch-westfälische Industrie, das rheinisch-westfälische Gewerbe und die gesammte deutsche Kunst: hoch, hoch, hoch!

Der Reichstag

hatte gestern nach langer Pause wieder einen Schwerintag. Man nahm zunächst gegen die Stimmen der Konservativen den Antrag Rickert-Gröber auf Sicherung des Wahlgeheimnisses an, nachdem von den Rednern der Linken, den Abgeordneten Jessen (Däne), Dr. Barth (fr. Vg.), Lenzmann (fr. Vp.), Ledebour (Soz.) den Konservativen wegen ihrer bösen Wahlpraktiken recht unangenehme Dinge gesagt worden waren. Daß die Konservativen gegen den Antrag stimmten, beweist, wie berechtigt diese Vorwürfe sind.

Dann setzte man die Berathung über den Toleranzantrag des Zentrums fort, wobei es zu einer scharfen konfessionellen Auseinandersetzung kam zwischen den Abgeordneten Dr. Stockmann (Ap.) und Bachem (Zentr.). Schließlich wurde der Paragraph 1 angenommen mit einem Amendement Gröber-Oertel, welches bezweckt, die nicht „anerkannten" Religionsgemeinschaften auszuschließen. Das Ganze nennt man ultramontan-protestantische „Toleranz"!

Heute findet die zweite Lesung der Diätenvorlage statt.

Das Abgeordnetenhaus

beschäftigte sich gestern in der Hauptsache mit dem Antrage des Abgeordneten Grafen Douglas auf **Bekämpfung des übertriebenen Alkoholgenusses.** Grundsätzlich stellten sich die Redner aller Parteien dem Antrage freundlich gegenüber. Der freikonservative Abgeordnete Vorster, der ihn vom sozialpolitischen Standpunkte beleuchten wollte, hielt eine Rede, deren Grundton die Erhöhung der Getreidezölle und das Scharfmachen gegen die Sozialdemokratie bildete. Seine Uebertreibungen wies der Abgeordnete Wetekamp (fr. Vp.) zurück, der sich gegen die unausführbaren polizeilichen Bestimmungen des Antrages aussprach. Dieser wurde einer Kommission überwiesen. Heute steht die dritte Lesung des Sekundärbahngesetzes auf der Tagesordnung.

Zum Berliner Milchkriege. In Sachen der von uns erwähnten Milchwässerungs-Affaire, die der Vorsitzende des Vereins Berliner Milchhändler dem Reichstage zur Kenntnißnahme unterbreitet hat, wird den „B. N. N." authentisch, also wohl von Herrn v. Podbielski selbst, mitgetheilt: 1. Der Landwirthschaftsminister von Podbielski ist allerdings Mitinhaber der in Frage stehenden Firma, von seinem Gute wird aber an die betreffende Molkerei überhaupt keine Milch geliefert. 2. Richtig ist, daß einmal von einem der an die betreffende Molkerei liefernden Güter ein Quantum stark gewässerter Milch zur Versendung gelangt ist. Das Vorkommniß erklärt sich dadurch, daß eine der mit Wasser gefüllten Röhren des Kühlapparates, durch den alle frische Milch vor der Abfüllung geleitet wird, leck war und daß sich so große Mengen Wassers in die Milch ergossen. Eine genaue Prüfung des Milchgehalts in jeder einzelnen Kanne kann in der Molkerei vor der Weitersendung wegen der nöthigen Eile unmöglich erfolgen. Die Verwässerung der Milch war so stark und augenfällig (die betreffenden Kannen enthielten weit mehr Wasser wie Milch), daß schon dadurch die Absicht einer Täuschung vollständig ausgeschlossen ist. Selbstverständlich ist die Milch sofort zurückgenommen und vernichtet worden.

Zum Toleranzantrage des Zentrums, der gestern wieder im Reichstage verhandelt wurde, liefern uns nicht blos die an der Spitze der vorliegenden Nummer wiedergegebenen Mittheilungen aus dem klassischen Lande des Klerikalismus, Spanien, ein schätzenswerthes Material, sondern in dasselbe Kapitel fällt auch folgende Meldung der „Münch. N. N.":

Das erzbischöfliche Ordinariat in Bamberg hat einen Erlaß an den Klerus der Erzdiözese bezüglich der Los von Rom-Bewegung erlassen. Der Erlaß beschäftigt sich hauptsächlich mit der Zeitschrift „Die Wartburg". Es wird die Geistlichkeit aufgefordert, die Gläubigen aufmerksam zu machen, daß es nach kirchlichen Grundsätzen

---

einen jungen interessanten Franzosen an meiner Seite gehabt, der nach Art seiner Nation mir etwas mit Emphase Schmeicheleien sagte. Wolf meinte, ich sei gegen den Unverschämten — so nannte er ihn entre-nous — nicht zurückhaltend genug gewesen. Eine vornehme Frau, — und seine Gattin sei eine vornehme Frau, — müsse es zu einer solchen Annäherung garnicht kommen lassen. Ich wies seine Vorwürfe entschieden zurück, und so kam es zu unserem ersten Streit. — Wahrscheinlich wird es nicht der letzte sein. — Wie sieht es denn in unserer Villa aus, und sieht Du Helldorf öfter dort? Hier werde ich manchmal an ihn erinnert; er hat eigentlich etwas vom Franzosen an sich. Mein junger Tischnachbar, um dessen willen ich von Wolf gescholten wurde, glich ihm etwas, auch in seinem Benehmen. Ich glaube übrigens, Wolf wird sich mit der Zeit daran gewöhnen müssen, daß ich Eindruck auf die Männer mache, und sie mir huldigen. Und ich weiß nicht, was einer Frau angenehmeres und unterhaltenderes begegnen kann. Weil ich verheirathet bin, habe ich doch nicht ganz der Welt entlagt, gleich einer Nonne! Nein, ich will leben und das Leben genießen. Er bleibt ja doch immer mein Mann und behält diesen Vorzug vor all meinen anderen Verehrern, was er doch wohl zu würdigen wissen wird. Tyrannisiren laße ich mich aber nicht, das habe ich mir fest vorgenommen. — Und damit hast Du zugleich die Antwort auf Deine Frage. Beurtheile also selbst, ob ich glücklich bin."

(Fortsetzung folgt.)

Korsarenbriefe. Zu München ist jetzt ein lange schwebender Prozeß beendet worden, der für deutsche Bühnenmitglieder von prinzipieller Bedeutung ist. Die Direktion der Vereinigten Theater zu München hatte gegen die „Münchener Ztg." Klage erhoben, weil in dieser ein Feuilleton Ad. Oppenheim's erschienen war, das den Titel „Korsarenbriefe" führte. Hierin war der Direktion vorgeworfen worden, daß sie einem Theil ihrer Mitglieder, im Falle diese nicht gebraucht werden, Urlaub ohne Gage ertheile, daß sie auch sonst die Nothlage ihrer Mitglieder ausbeute und diese durch eigenartig verklausulirte Verträge, die nach Angabe des Verfassers unsittlich seien, zu Sklaven der Direktion mache. Die Sachverständigen Dr. Max Pohl (Berlin) und Ernst v. Possart erklärten, die Verträge der Direktion seien für die wirthschaftliche Lage der Schauspieler thatsächlich schädigend und unsittlich. Nach längeren Verhandlungen kam ein Vergleich zu Stande und die Kläger gaben die Erklärung ab, fürsthin ihre Kontrolle denen der deutschen Bühnengenossenschaft anpassen zu wollen.

verboten ist, auf diese Wochenschrift zu abonniren, sie zu lesen, bei sich zu halten oder weiter zu verbreiten, da sich solche, die sich wissentlich oder vorsätzlich derartiges zu Schulden kommen lassen, wegen Begünstigung der Häresie kirchlichen Strafen unterziehen. Damit aber der Klerus vorgehen kann, wird ihm die Erlaubniß ertheilt, die Wochenschrift für sich zu halten und zu lesen, damit er Kenntniß von dem Inhalt derselben hat und auch eine direkte Polemik gegen die Schrift führen kann. Doch wird ihm aufgegeben, diese Polemik nur nach sorgfältiger Vorbereitung mit gründlicher Beweisführung und jederzeit ohne persönliche Ausfälle zu führen.

Darnach wissen also katholische Männer und Frauen von gesetzlichem Alter, von reifer Lebenserfahrung, von freier Verfügung über ihr eigenes Ich sich in Bezug auf ihre Privatlektüre der vollständigsten Bevormundung durch die Kirche unterwerfen. Nur den Priestern traut man soviel Festigkeit im Glauben, oder soviel Intelligenz, oder soviel Selbstständigkeit des Urtheils zu, daß sie von dieser Bevormundung entbunden werden können. Daß zahlreiche erwachsene Männer und Frauen auch aus den gebildeten Kreisen in Deutschland im zwanzigsten Jahrhundert einen derartigen Eingriff in ihre freie Willensbestimmung über ihre Privatlektüre ruhig über sich ergehen lassen, ist ein Zeichen der Zeit, das Manches erklärt.

Die Machtmittel der Kirche zur Unterjochung der Schule zeigen sich in Württemberg neuerdings ungemein wirksam. Im katholischen Schulstreit ist eine neue Episode zu verzeichnen. Unter der Aegide des Abg. Gröber und eines Domkapitulars ist zu Ulm ein „katholischer Schulverein" gegründet worden, der das Gegengewicht gegen den bisherigen Volksschullehrerverein bilden soll. In letzter Stunde hatte sich dessen liberaler Ausschuß dem Selbstmord des Rücktritts unterzogen. Vergebliches und deshalb unnöthiges Opfer, denn die Gründung eines Zentrumsvereins war seit beschlossene Sache, an der auch noch stärkere Unterwerfung nichts geändert hätte. Dem neuen Verein, dem die Lehrer bezeichnender Weise nur als „Sektion" angehören dürfen, sind bis jetzt etwa 450 Lehrer beigetreten. (!) Der alte Verein zählte etwas über 1500 Mitglieder, so daß also zwei Drittel vorerst noch treu geblieben sind. Bei den Machtmitteln, über die der Klerus verfügt, ist allerdings noch ein weiteres Abbröckeln zu erwarten. Es ist z. B., so hebt die „Nat.-Ztg." in einer Zuschrift aus Württemberg hervor, unwidersprochen geblieben, daß katholische Standesherren im Oberland nur noch solche Lehrer anstellen wollen, die zum Zentrumsverein halten. Ein Grund mehr, die staatliche Anstellung zu verlangen!

— Der **Kaiser** begab sich gestern Morgen nach dem Tempelhofer Felde, um den Bataillons-Besichtigungen des 3. Garde-Regiments z. F., des Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2 und des Garde-Pionier-Bataillons beizuwohnen und später das Frühstück beim Offizierkorps des Kaiser Franz-Regiments einzunehmen.

— Dem General der Artillerie, General-Inspekteur der Fußartillerie Exlen **v. d. Planitz** ist zu seinem 50jährigen Dienstjubiläum von dem **Kaiser** der Orden vom Schwarzen Adler verliehen worden.

Paris, 1. Mai. Brisson, der im 10. Pariser Arrondissement zur Stichwahl steht, hat das Anerbieten des Komitees der radikalen Vereinigung vom Arrondissement de Dis (Drôme), dort zu kandidiren, angenommen. Sämmtliche dort aufgestellten republikanischen Kandidaten treten zu seinen Gunsten zurück.

London, 1. Mai. Die in Vereeniging in Aussicht genommene allgemeine Burenversammlung findet am 15., nicht am 25. Mai statt. Wie das „Reutersche Bureau" erfährt, wird diese Zusammenkunft eine Versammlung der Burenführer selbst sein. Nachdem diese sich berathen haben und bezüglich der Bedingungen der Uebergabe, die sie anzunehmen bereit sind (??), zu einer Entschließung gekommen sind, werden sie sich mit britische Hauptquartier nach Pretoria begeben, um die Angelegenheit mit Lord Kitchener endgiltig zu regeln. — Abwarten.

Deutscher Reichstag.

179. Sitzung vom 1. Mai.

(Schluß.)

Die dritte Berathung der Anträge Rickert (fr. Vg.) Gröber (Zentr.) wegen **Sicherung des Wahlgeheimnisses** wird fortgesetzt.

Abg. **Gröber** (Z.). Hier handelt es sich um die Sicherung des geheimen Wahlrechts und ferner darum allen Wahlbeeinflussungen einen Riegel vorzuschieben. Ich hoffe, daß der Bundesrath nun endlich diesem Antrag seine Zustimmung nicht versagen wird.

Abg. **Lenzmann** (fr. Vpt.) Keine verständige Partei kann gegen den Antrag Rickert sein. Würde eine Partei es aber dennoch wagen, gegen ihn zu stimmen, so muß sie sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie bei den Wahlen unmoralische Handlungen unterstützt. (Unruhe rechts! Glocke des Präsidenten).

Präs. Graf **Ballestrem:** Sie dürfen Parteien dieses Hauses nicht vorwerfen, daß sie unmoralische Handlungen unterstützen; Sie dürfen höchstens sagen, daß das der nicht gewollte Effekt sein würde. (Große Heiterkeit.)

Abg. **v. Kardorff** (Rpt.): Wir stehen auf unserem alten Standpunkt und haben keine Veranlassung, diesen ganzen Trara von Bestimmungen aufzunehmen.

Abg. **Bassermann** (nl.) erklärt sich für den Antrag Rickert.

Abg. **v. Staudy** (konk): Herr Lenzmann hat behauptet, daß im Osten mehr gegen das Wahlgesetz gesündigt würde, als im Westen. Die Wahlprüfungen hier im Hause beweisen das gerade Gegentheil. Herr Lenzmann hat dann die Behauptung aufgestellt, die konservative Partei lasse sich mehr Wahlbeeinflussungen zu Schulden kommen, als alle anderen Parteien. Gegen diese Unterstellung muß ich auf das Entschiedenste Verwahrung einlegen.

Abg. **Röstinger** (Ztr.) erklärt im Namen seiner Freunde seine Zustimmung zu dem Gesetz.

Abg. **Ledebour** (Soz.): Selbstverständlich stimmen auch wir jeder Sicherung des Wahlgeheimnisses zu. Herr Barth hat angeregt, den Bundesrathsmitgliedern, damit sie hier im Plenum auch bei Initiativanträgen erscheinen können, Diäten zu zahlen. Thatsächlich erhalten die Vertreter der auswärtigen Regierungen aber schon jetzt Diäten. Die Aeußerung des Grafen Posadowsky, daß für die verbündeten Regierungen nur der kategorische Imperativ der Pflicht gelte, steht hierzu in gewissem Gegensatz. Ich habe überhaupt niemals eine Aeußerung von einem Vertreter der verbündeten Regierungen gehört, die so den Charakter einer hohlen Renommage hatte. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Ballestrem:** Herr Abgeordneter, Sie dürfen einem Vertreter der verbündeten Regierungen nicht hohle Renommage vorwerfen, ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. **v. Tiedemann** (Rpt.) bestreitet gegenüber einer Aeußerung des Abg. Ledebour, daß die Bundesrathsmitglieder Diäten beziehen. Sie bekommen nur Entschädigungen, aber nicht aus der Reichskasse, sondern aus der Kasse der Einzelstaaten. (Lachen und Zurufe links.) Ja, das ist ganz etwas anderes. Wie bringen es denn die Sozialdemokraten mit der Heiligkeit der Verfassung in Einklang, wenn ihre Mitglieder aus der Parteikasse Tagegelder beziehen? (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag Rickert wird in dritter Lesung gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Berathung des von den Abgg. Lieber und Genossen (Zentr.) eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die **Freiheit der Religionsübung** (Toleranz-Antrag.)

Zu § 1, der jedem Reichsangehörigen volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften, sowie der gemeinsamen, häuslichen und öffentlichen Religionsübung gewährleistet, beantragen die Abgeordneten Dr. Hieber und Dr. Sattler (nl.) zum letzten Absatz, der lautet: „Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen", folgenden Zusatz: „Der Erlaß von Gesetzen zur Ausführung des vorstehenden Grundsatzes ist bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes über Vereins- und Versammlungsrecht Sache der Einzelstaaten."

Abg. Dr. **Sattler** (nl.) begründet den Antrag. Durch unsern Antrag wird der § 1 keineswegs fixirt, im Gegentheil, die Einzelstaaten werden dadurch veranlaßt, ihre Gesetze den Grundsätzen dieses Paragraphen gemäß abzuändern. Sollte unser Antrag abgelehnt werden, so werden wir gegen das ganze Gesetz stimmen.

Abg. **Vonderscheer** (Ell.) erklärt sich gegen den Antrag Sattler.

Abg. Dr. **Stockmann** (Rpt.): Der größere Theil meiner politischen Freunde wird gegen den § 1 stimmen. Das Zentrum hat sich mit diesem Antrag mit dem Verhalten der Katholiken anderer Länder in Widerspruch gesetzt. Ich erinnere nur an Dr. Sigl (Große Heiterkeit im Zentrum), gewiß ein streng katholischer Mann (Erneute Heiterkeit), wenn er auch nicht Ihrer Partei angehörte. Dieser schrieb in seinem „Vaterland": „Seit wann ist denn Toleranz ein katholisches Prinzip? Die Religionsfreiheit widerspricht dem innersten Wesen der katholischen Religion." Die katholische Kirche führt nur dort Toleranz, wo sie dazu gezwungen wird, und fordert Toleranz, wo sie davon Vortheile erlangt. (Große Unruhe im Zentrum.) Der nationalliberale Antrag ist uns sympathisch; wir werden deshalb für ihn stimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. **Bachem** (Ztr.): Herr Stockmann ist päpstlicher als der Papst. Ueberlassen Sie doch die Zentrumsvorgehen gefälligst den offiziellen Organen in der katholischen Kirche. Hier ist nicht der Ort, um sich darüber zu verständigen, ob katholisch oder protestantisch das richtige ist, hier handelt es sich nur um die staatsbürgerlichen Rechte. Herr Stockmann hat sich auf Sigl berufen. Was dieser Mann politisch war, brauche ich hier nicht zu sagen. Ich müßte einen so harten Ausdruck gebrauchen, der hier im Hause besser unterbleibt. Herrn Sigl aber als besonderen Vertreter einer korrekten katholischen Auffassung hier zu zitiren, ist doch recht tonderbar. (Sehr richtig im Zentrum.) Ich möchte Sie bitten, den Katholizismus an der Quelle zu studiren, dann werden auch Ihre Vorurtheile schwinden. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. **Richter** (freis. Vp.) erklärt sich gegen alle Abänderungsanträge und für die Kommissionsfassung, die einen wesentlichen Fortschritt bedeute.

Abg. Dr. **Oertel** (konk.): Die Mehrheit meiner politischen Freunde wird für den § 1 stimmen. Den Antrag Hieber halten wir für bedenklich. Diese Ansicht sprechen wir ens niemand zu Liebe, niemand zu Leide, sondern aus voller Ueberzeugung.

Abg. **Schrader** (freis. Vgg.) erklärt sich gegen den Antrag Hieber und für die Kommissionsfassung.

Bizepräsident Graf **Stolberg-Wernigerode** theilt mit, daß ein Antrag Gröber-Oertel eingegangen ist, als dritten Absatz dem § 1 anzufügen: „Unberührt bleiben die allgemeinen polizeilichen Vorschriften der Landesgesetze über das Vereins- und Versammlungswesen."

Abg. Dr. **Vogel** (Ant.) verliest unter wachsender Unruhe des Hauses eine längere Rede, um nachzuweisen, daß eine Radikalkur, wie sie der Antrag Hieber will, nicht durchführbar ist, weil die Patienten selbst nicht wollen. Das deutsche Volk ist mit seiner Geschichte belastet. (Große Heiterkeit. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Ballestrem:** Es ist allgemein im Hause die Ansicht verbreitet, daß der Herr Redner seine Rede ablest. (Große Heiterkeit.) In Folge dessen hat sich des Hauses eine gewisse Unruhe bemächtigt. (Erneute Heiterkeit.) Ich ersuche den Redner, nicht weiter abzulesen.

Abg. **Vogel** (Antis.) bricht hierauf seine Rede ab mit der Erklärung, daß seine Freunde nur im Falle der Annahme des Antrags Hieber für den Paragraphen stimmen würden.

Abg. Dr. **Hieber** (nl.) kommt auf die kirchenpolitischen Verhältnisse Spaniens zurück und hält seine Behauptungen aufrecht, daß die evangelische Kirche in Spanien eine gesetzliche Basis überhaupt nicht habe.

Abg. **Kunert** (Soz.): Wir haben seiner Zeit erklärt, daß wir für den § 1 des Zentrumsantrages stimmen werden. Dieser Paragraph hat nun durch den Antrag Gröber-Dr. Oertel eine Verschlechterung erlitten. Für die nicht anerkannten Religionsgemeinschaften bleibt danach alles beim alten. Das ist nicht mehr Toleranz, sondern Intoleranz. Im übrigen verweise ich auf meine früheren Ausführungen.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Dr. **Spahn** (Ztr.) und Dr. **Sattler** (nl.) schließt die Diskussion.

In der Abstimmung wird der Antrag **Hieber** gegen die Stimmen der Nationalliberalen und der Reichspartei abgelehnt; der Antrag Gröber-Dr. Oertel gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen, Nationalliberalen und der Reichspartei angenommen. Ebenso § 1 in dieser veränderten Fassung.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Diätenantrag und Fortsetzung der heutigen Berathung.

Schluß 6 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

71. Sitzung vom 1. Mai.

(Schluß.)

Die erste Berathung des Antrages Graf Douglas (konk.) zur **Bekämpfung der Trunksucht** wird fortgesetzt.

Abg. **Vorster** (fk.): Ich möchte als Vertreter der Industrie die Frage vom sozialpolitischen Standpunkte betrachten. Die Sozialisten haben die Gewohnheit, alle Mißstände, auch den Alkoholismus unter den industriellen Arbeitern, als eine Folge unserer sozialen und wirthschaftlichen Verhältnisse zu bezeichnen. Ungerechtfertigt ist ein großer Theil unseres sozialen Elends eine Folge der übermäßigen Aufwendungen, die viele Arbeiter für den Alkoholismus machen. Ich habe eine Umfrage bei 150 großen Industriebetrieben des Westens gehalten, deren Ergebniß ich in der Kommission vertheilen werde. Vielfach wird von sehr großen Werken der Alkoholverbrauch eines gut bezahlten Arbeiters auf ca. 300 M. per Jahr berechnet; andere schätzen die Ausgabe für Alkohol nur auf 50 Pf., oder 20—40 Pf. pro Tag. Im Durchschnitt kann man annehmen, daß 10 pCt. des Einkommens eines Arbeiters für Alkohol ausgegeben werden. Natürlich kommen auch weit schlimmere Fälle vor. Es handelt sich hier um einen ebenso entbehrlichen wie schädlichen Luxus. Es ist bezeichnend, daß in Deutschland kein Wort über diese Verschwendung verloren wird, während über die unerhebliche Vermehrung der Getreidezölle, die wirklich ein Behelf der Ausgaben für Alkohol ausmacht, die heftigsten Kämpfe entbrennen. Selbstverständlich bleibt dem Arbeiter für andere Bedürfnisse nichts mehr übrig. Die Wohnungsfrage kann nie gelöst werden, so lange der Schnaps wichtiger ist als eine gute Wohnung. (Hört, hört! rechts.) Wie Blutgel saßen an jeder Fabrik die Schnapskneipen, um den Arbeitern ihren wohlverdienten Lohn abzunehmen. Besonders schädlich ist für die Arbeiter der Alkoholgenuß am frühen Morgen. Die Konsumbestimmungen für den Alkoholausschank werden seitens der Wirthe vielfach aufs gröblichste übertreten. Dr. Cudemann bezeichnete die Wirkungen des Alkohols als eine Vergiftung; ist denn die Vergiftung ein Bedürfniß? Ein Bedürfniß liegt nur vor, den Durst zu stillen. Leider ist selbst in der Residenzstadt Berlin nirgends Gelegenheit, um einen Trunk frischen Wassers zu erhalten. Ich habe nur hier und da eine Pumpe gesehen, auf der stand: „Kein Trinkwasser!" Nur die Eisenbahnverwaltung sorgt auf allen Stationen für gutes Trinkwasser. Heute ist es leider meist so, daß, wenn der Arbeiter heirathet, er nichts erspart, aber viel vertrunken hat. Die Arbeiter haben aber doch nicht Mangel, sondern Ueberfluß an Lohn, sonst könnten sie nicht so viel vertrinken. In England giebt es Geldstrafen für Trunkenheit; man sieht aber auch in England sehr selten einen Betrunkenen. Die Bestimmungen über die Polizeistunde sind in England sehr streng; in der großen Weltstadt London ist nach 1 Uhr Nachts kein Restaurant, kein Café mehr geöffnet. Sonntags sind alle öffentlichen Lokale geschlossen mit Ausnahme einer Mittagsstunde und der Zeit von 6—10 Uhr Abends.

Wie steht denn nun bei uns die Sozialdemokratie der Alkoholfrage gegenüber? Haben die Führer jemals entschieden die Trunksucht bekämpft? Im Gegentheil! Die Trunksucht erzeugt Armuth und Unzufriedenheit, und die Führer brauchen diesen Nährboden. Selbst die „Sozialistischen Monatshefte" schrieben vor einiger Zeit, daß es für die Sozialdemokratie gar nichts schlimmeres geben könnte, als wenn alle Arbeiter Abstinenzler wären, „die Wirthe würden uns unsere Gunst entziehen, wir sähen im Umsehen auf der Straße, und die soziale Frage wäre gelöst im Sinne der Scharfmacher." Um so größer ist unsere, der „Scharfmacher", Verpflichtung, für Mäßigkeit und Sparsamkeit zu sorgen. Die amerikanischen Arbeiter sind viel zu intelligent, als daß sie an die sozialpolitischen Utopien glaubten und sich durch grobe Schlagworte täuschen ließen. Der Kampf gegen den Alkoholismus ist nicht nur eine hygienische, sondern eine eminent sozialpolitische Frage. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Martens** (nl.) betont die schädliche Wirkung des Alkohols auf die Volkskraft und die Gesundheit der kommenden Geschlechter. Wenn man aber den Branntwein durch das Bier ersetzen wolle, so hieße das den Teufel durch Beelzebub austreiben. Nirgends gebe es mehr Herz- und Nierenkrankheiten als in München. Redner befürwortet die Einrichtung von Trinkerheilanstalten für alle Provinzen; die Kosten des Heilverfahrens würden von den Armenverbänden zu tragen sein.

Abg. Dr. **Weihe** (kons.) legt den Einfluß der Trunksucht auf die Kriminalstatistik dar.

Abg. **Wetekamp** (frs. Vpt.): Auch meine Freunde begrüßen die Einbringung des Antrags mit Freuden, wenn wir auch nicht mit allen seinen Forderungen einverstanden sein können. Nicht zustimmen ist den geforderten Polizeimaßnahmen, weil es sich dabei um schwer definirbaren Maßnahmen handelt. Es wird sich schwer kontrolliren lassen, ob jemand über sechszehn Jahre alt oder „angetrunken" ist. An notorische Trinker Branntwein zu verabreichen, kann schon jetzt verboten werden. Die Schließung der Schankstätten in den Morgenstunden würde nur die Folge haben, daß die Leute sich den Branntwein am Abend vorher einkaufen. Redner weist dann auf die skandinavische Mäßigkeitsbewegung hin. Dort ist eine große, tiefgreifende Agitation zuvor gegangen, bevor die Gesetzgebung gegen den Alkoholismus einsetzte. Hier bei uns will man mit einem Male mit der Gesetzgebung vorgehen, während solche Maßnahmen doch nur dann Erfolg haben können, wenn sie von der öffentlichen Meinung getragen sind. Außerdem hat in Norwegen der Aetheregenuß bedenklich zugenommen, nachdem das Branntweinverbot ergangen ist. — Die Trinkerheilanstalten müssen ebenso wie die Krankenhäuser öffentliche, nicht private Institut sein. Eine der Hauptsachen ist die Bekämpfung der Langeweile, die die meisten Leute ins Wirthshaus treibt; hier kommt die Veranstaltung von Vorträgen, volksthümlichen Konzerten und wissenschaftlichen Kursen, die Errichtung von Volksbibliotheken und Erholungsparks in Betracht. Abgeordneter Vorster scheint bei seinen Ausführungen nur die weniger bemittelten Stände im Auge gehabt zu haben. Wir müssen aber den Anschein vermeiden, als wollten wir hier mit zweierlei Maß messen. Ich kenne keinen höheren und keinen niederen Stand, sondern nur ein Volk, in dem es besser und schlechter situirte Leute giebt. Aeußerungen aber, wie die neulich hier vom Abg. Dr. Irmer gethanen, die den studentischen Trinkkommerz vertheidigen, lassen es erklärlich erscheinen, wenn die Arbeiter sagen: „Ja, ihr wollt saufen, soviel ihr wollt; aber uns rechnet ihr es als Verbrechen an!" Was die Aeußerungen des Abg. Vorster über die Stellung der Sozialdemokratie zum Alkoholismus anlangt, so tritt die Arbeiterschaft überall da, wo sie organisirt ist, dem übermäßigen Alkoholgenuß entgegen. Nicht immer kommt das Elend vom Schnaps her, wie Abg. Vorster meint. Der Ausspruch, daß der Schnapsgenuß vom Elend herkomme, ist übrigens nicht von der Sozialdemokratie erfunden, sondern bereits von Justus von Liebig gethan. Wenn nothwendige Lebensmittel künstlich vertheuert werden, so ist das allerdings eine viel größere Gefahr für die Ausbreitung des Alkoholismus, als alles andere. Besonders verderblich wirkt der studentische Trinkkommerz, so wenig ich auch Gegner einer fröhlichen Studentengeselligkeit bin. Aber das Trinken nur um des Saufens halber ist unbedingt zu verwerfen. Dabei werden von den Universitätsbehörden studentische Vereine, die nur das Saufen pflegen wollen, ohne Weiteres genehmigt, während andere Vereine, die zu gegenseitiger wissenschaftlicher Weiterbildung gegründet sind, wie der aufgelöste Sozialwissenschaftliche Studentenverein in Berlin, den größten Schwierigkeiten begegnen. Es kommt bei dieser Frage alles auf die Anschauungen der Jugend an, auf deren Gesundheit unsere Zukunft beruht. (Beifall.)

Abg. Graf **v. Wartensleben** (kons.) bezeichnet es als die Pflicht der höheren Stände, den unteren mit gutem Beispiel vorzugehen. Gute Beispiele wirken mehr als gute Gesetze.

Abg. **Ehlers** (frs. Vag.): Meine Freunde haben den Antrag nicht unterschrieben, weil sie nicht mit allen Einzelheiten desselben einverstanden sind. Im großen Ganzen aber halten auch sie ein Eingreifen des Staates gegenüber den Gefahren des Alkohols für geboten. Man muß aber dabei sehr vorsichtig sein, um nicht unbeabsichtigte Folgen der gesetzgeberischen Maßnahmen hervorzurufen. Die Hauptsache ist, daß man in der öffentlichen Meinung aufhört, das heroische Trinken als ein besonderes nationales Verdienst anzusehen. Man muß diese Sache mit einer großen Liebe, aber auch mit einer großen Nüchternheit behandeln. (Große Heiterkeit.) Ich bitte, den Antrag an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen.

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen; der Antrag Graf Douglas geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Es folgt die Berathung des Antrags der Abgg. Böse (f.) und Gen. betr. die **fiskalischen Wegebauverpflichtungen in der Provinz Sachsen.**

Der Antrag ersucht die Regierung, in Gemäßheit der bei Vorlegung der Wegeordnung für die Provinz Sachsen ertheilten Zusicherung dafür Sorge zu tragen, daß die fiskalischen Wegebauverpflichtungen, welche vor wie nach Erlaß der Wegeordnung von dem Fiskus bisher unweigerlich erfüllt wurden, auch für die Folge als solche anerkannt werden, und daß insbesondere nicht in Widerspruch mit jenen Zusagen versucht wird, bisher von dem Fiskus getragene Wegebauverpflichtungen auf die Gemeinden abzuwälzen.

Abg. **Winckler** (kons.) befürwortet den Antrag und weist darauffhin, daß derselbe von sämmtlichen Abgeordneten der Provinz Sachsen ohne Unterschied der Parteirichtung unterschrieben worden ist.

Ein Regierungskommissar erklärt, die Regierung könne zu dem Antrage noch keine definitive Stellung nehmen. Der Fiskus denke nicht daran, seine Pflichten auf die Gemeinden abzuwälzen.

Nach unerheblicher weiterer Debatte wird der Antrag an eine Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Der Gesetzentwurf gegen die **Verunstaltung landschaftlich hervorragender Gegenden** durch Reklamen wird in dritter Lesung angenommen.

Die Denkschrift über die aus Anlaß des landwirthschaftlichen Nothstandes in den östlichen Landestheilen ausgeführte Hilfsaktion wird durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. (Dritte Lesung der Sekundärbahn-Vorlage, zweite Lesung der Kompetenzkonflikt-Novelle, Petitionen).

Schluß 4½ Uhr.

Die Zolltarifkommission des Reichstages

setzte gestern nach Beendigung der Diätendebatte ihre Berathungen bei Position 206 fort. Diese legt auf eingedickte Milch wie bisher einen Zollsatz von 60 Mark.

Ein Antrag Gothein (fr. Vgg.), den Zoll auf 50 Mark zu ermäßigen, wird abgelehnt und der Satz der Regierungsvorlage angenommen.

Position 207 sieht für Eigelb und Eiweiß zum Genuß einen Zoll von 60 Mark wie bisher vor.

Abg. Stadthagen (Soz.) tritt für Zollfreiheit ein. — Direktor Wermuth konstatirt aus der Statistik, wie außerordentlich geringfügig die Einfuhr sei. — Abg. Bleil (fr. Vpt.) beantragt einen Zollsatz von 8 Mark. — Direktor Wermuth stellt fest, daß auch nach der Vorlage das Eigelb zur Kakesfabrikation nach wie vor zum Zollsatz von 8 Mark eingeführt werden könnte.

Unter Ablehnung aller Anträge wird der Satz der Regierungsvorlage angenommen.

Position 208, die auf Senf, entölt in kleinen für den Einzelverkauf bestimmten Aufmachungen einen Zoll von 60 M. wie bisher, in anderer Verpackung einen solchen von 6 M. (bisher 4 M.) legt und Position 209, die auf Senf mit Most oder Gewürz wie bisher einen Zollsatz von 60 M. legt, werden ohne wesentliche Debatte nach der Regierungsvorlage angenommen.

Die Positionen 210 bis 214 werden gemeinsam verhandelt. Sie setzen folgende Zölle fest:

Position 210 für Essenzen aller Art	60 M.,	bisher 60 M.
Position 211 für Säfte von Früchten,	60 M.,	bisher 60 M.
Position 212 für Säfte von Früchten, weingeist- oder ätherhaltig,	240 M.,	wie Branntwein.
Position 213 für Früchte, mit Branntwein zubereitet	80 M.,	bisher 60 M.
Position 214 für Gewürze, Anchovisbutter, Sardellenbutter, Pasteten . . .	75 M.,	bisher 60 M.

Abg. Stadthagen (Soz.) befürwortet für alle Positionen Zollfreiheit.

Abg. Gothein (fr. Vag.) beantragt, in Position 211 eine Ermäßigung auf 40 M., in Position 214 eine solche auf 60 M.

Geheimrath Blau spricht sich gegen die Anträge Gothein's aus, die dann auch abgelehnt werden. Die Regierungsvorlage wird für alle 5 Positionen angenommen.

Die Berathung über die Positionen 215 bis 217 wird verbunden.

Position 215 läßt Plasmon, Somatose, Tropon, Pepsin wie bisher zollfrei.

Position 216 legt auf noch nicht genannte Nahrungs- und Genußmittel einen Zollsatz von 60 M. (bisher frei) und Position 217 auf Nahrungs- und Genußmittel in luftdicht verschlossenen Behältnissen einen solchen von 75 M. (bisher 60 M.).

Abg. Molkenbuhr (Soz.) fragt an, ob Tomaten unter Position 216 fallen und zu 60 M. verzollt werden sollen. — Abgeordneter Dr. Paasche (nl.) ist gegen die Zollfreiheit von Plasmon, Somatose u. s. w. Auch in dieser Hinsicht müsse die heimische Industrie geschützt werden. — Direktor Wermuth erwidert dem Abg. Molkenbuhr, daß Tomaten unter Position 33 (frische Küchengewächse — zollfrei) gestellt seien. Dem Abg. Paasche gegenüber weise er darauf hin, daß der Wirthschaftliche Ausschuß sich einstimmig für Zollfreiheit von Plasmon zc. ausgesprochen habe im Interesse der ärmeren Volksschichten. — Abg. Kardorff (Rpt) behält sich vor, in der zweiten Lesung einen Zoll für Plasmon zc. zu beantragen.

Die Regierungsvorlage wird angenommen.

Position 218, die die Tabakfabrikate (Tabakblätter, Tabakrippen, Kau- und Schnupftabake, Zigarren, Zigarretten) mit denselben Zöllen belegt wie bisher, wird debattelos nach der Regierungsvorlage angenommen.

Die Positionen 219—222, die Gartenerde, Sand, Thon, Farberde und Kreide wie bisher zollfrei lassen, werden debattelos angenommen, ebenso die Positionen 223 und 224, die Bimsstein, Schmirgel, Quarz, Quarzerde wie bisher zollfrei lassen.

Die Positionen 225 bis 227 lassen Kalk, Gips, Tuff, Santorin wie bisher zollfrei und werden nach der Regierungsvorlage angenommen.

Position 228 legt auf Zement aller Art einen Zoll von 50 Pfg. (bisher zollfrei).

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fr. Vpt.) befürwortet Zollfreiheit. Die deutsche Zementindustrie sei auf die Ausfuhr angewiesen. Oesterreich drohe bereits mit höheren Zöllen. — Geheimrath Lusensky begründet den Satz der Regierungsvorlage mit handelspolitischen Gesichtspunkten. — Abg. Gothein (fr. Vgg.): Der Zoll solle lediglich den Zweck haben, Oesterreich und die Schweiz zur Herabsetzung oder Aufhebung ihrer Zementzölle zu nöthigen; dazu genüge aber schon ein Zoll von 30 Pf. — Abg. Blankenhorn (nl.) empfiehlt im Interesse der badischen Thonwarenindustrie den Zollsatz des Entwurfs.

Nach kurzer Debatte wird die Regierungsvorlage angenommen; ebenso die Positionen 229 und 230, die Meerschaum und Flußspath wie bisher zollfrei lassen.

Position 231 legt auf rohe Schieferblöcke einen Zoll von 25 Pf., auf rohe Schieferplatten einen solchen von 1,25 M.

Abg. Cahensly (Z.) begründet einen Antrag, den Zoll für rohe Schieferplatten auf 2 M. zu erhöhen. — Abg. Gothein (Frs. Vag.) will rohen Tafelschiefer mit 50 Pf., Dachschiefer mit 1,25 M. Zoll belegen. Der von Cahensly geforderte hohe Zoll komme einem Einfuhrverbot gleich. In Norddeutschland könne man den englischen Schiefer nicht entbehren.

Hierauf vertagt sich die Kommission auf Freitag 9 Uhr.

Parlamentarische Nachrichten.

, Wie die „Lib. Korr." aus parlamentarischen Kreisen erfährt, handelt es sich bei der angeblichen Polenvorlage und der **Verlängerung der Session des Abgeordnetenhauses über Pfingsten hinaus** vorläufig nur um Kombinationen. Ob überhaupt eine Polenvorlage noch im Laufe dieser Session zu erwarten ist, wird im Hinblick auf die komplizirte zollpolitische Lage in parlamentarischen Kreisen stark bezweifelt.

, Zu parlamentarischen Kreisen des **Abgeordnetenhauses** verlautet, daß in nächster Woche der Eingang des Entwurfes über die Vorbereitung zum höheren Verwaltungsdienst und eine Vorlage über die Main-Neckar-Bahn in Aussicht stehe.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom 1. Mai 1902.

Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5½ Uhr. Es liegt ein dringlicher Antrag vor, dahingehend, den Magistrat um Auskunft darüber zu ersuchen, ob die durch die Zeitungen mitgetheilten Nachrichten von

Unterschlagungen bei der städtischen Sparkasse

auf Wahrheit beruhen.

Stadtkämmerer Maaß erklärt sich sofort zur Auskunft bereit. Thatsächlich habe sich bei der Revision herausgestellt, daß Unterschlagungen vorgekommen seien, die bereits im Jahre 1898 ihren Anfang genommen hatten. In der Oeffentlichkeit sei die Sache aber doch etwas übertrieben worden. Es kommen zwei Beamte in Betracht. Der eine habe sich sofort der irdischen Gerechtigkeit entzogen. Er wolle nicht im Einzelnen klar legen, in welcher Weise die Unterschlagungen begangen worden und verdeckt werden konnten, damit sich nicht Nachahmer fänden, betonen wolle er aber, daß die Buchführung bei der Sparkasse außerordentlich gut sei und vielen anderen Sparkassen als Muster diene. Es sei kaum denkbar, daß man noch bessere Sicherheitsmaßregeln erfinden könne, um Veruntreuungen vorzubeugen. Den einzelnen Beamten sei ein Vorwurf nicht zu machen, diese thäten ihre volle Schuldigkeit, man sei eben von der Voraussetzung ausgegangen, daß die vorhandene Kontrolle volle Sicherheit gewähre. Leider habe sich herausgestellt, daß es immer noch möglich sei, durch Urkundenfälschungen Veruntreuungen zu begehen. Man sei natürlich eifrig darauf bedacht, eine noch schärfere Kontrolle einzuführen. Der eine der verbrecherischen Beamten habe in der Weise gefälscht, daß es nur beim Jahresschluß und durch äußerste Aufmerksamkeit entdeckt werden konnte. Im Kuratorium werde jetzt bereits darüber berathen, wie man noch mehr als bisher derartigen Vorkommnissen vorbeugen könne. Unter Anderem sei erwogen worden, ob man nicht einen häufigeren Stellenwechsel unter den Buchhaltern stattfinden lassen solle. In Betreff der Höhe der begangenen Unterschlagungen sei bisher festgestellt worden, daß Werkmeister 25 400 M., der andere Beamte 24 000 M. veruntreut habe. Er hoffe, daß sich weitere Fehlbeträge nicht herausstellen würden. Wenn die Deckung in Frage komme, werde der Magistrat noch an die Versammlung herantreten müssen, bis dahin bitte er, sich mit seinen Mittheilungen begnügen zu wollen.

Stadtv. Frick (N. L.), der Antragsteller, erklärt sich mit dieser Auskunft zufrieden.

Eine Erörterung findet nicht statt.

Die Versammlung beschließt nach dem Vorschlage des Vorstehers, die Sitzungen, wie in den Vorjahren, während der Sommermonate Juli und August ausfallen zu lassen.

Nach der Berichterstattung des Stadtv. Körte (N. L.) über die Vorlage betr. den speziellen Entwurf zur **Errichtung zweier Infektionsbaracken** auf dem Grundstück der Anstalt für Epileptische Wuhlgarten, gelangt die Vorlage ohne Erörterung zur Annahme.

Stadtv. Liebenow (N. L.) erstattet Bericht über folgende Vorlagen betr. Vorentwürfe zu den Neubauten

a) einer einfachen Gemeindeschule in der Pathuserstraße 3/6,

b) eines Lehrer-Wohngebäudes nebst Standesamt und Steuer-Annahmestelle an der Lychenerstraße,

c) einer Gemeinde-Doppelschule in der Straße 48B, Abtheilung XIII 2.

Die Versammlung genehmigt sämmtliche Vorlagen.

Es folgt die Berichterstattung des Stadtv. Wollach (N. L.) über die Vorlage, betreffend die

Vermiethung der Viehhofsrestauration.

Der Ausschuß empfiehlt die Annahme der Magistratsvorlage, wonach die Restauration für eine Jahresmiethe von 66 000 M. bis Ende März 1907 an den Restaurateur Reinhold Hermann verpachtet werden soll.

Stadtv. Eckard (N. L.) bekämpft den Antrag. Er hält die Pacht für zu hoch und er befürchte, daß Hermann nicht befähigt sei, ein so bedeutendes Geschäft zu führen.

Für den Antrag des Ausschusses sprechen die Stadtvv. Dr. Kuhlmann (Fr. Vr.), Wiannkuch (Soz.), Gemeinhardt (N. L.), Zyburg (N. L.), Hoffmann (Soz.), gegen den Antrag Stadtv. Rast (N. L.)

Der Ausschußantrag wird darauf angenommen.

Bei der darauf vorgenommenen Wahl des zweiten Bürgerstellvertreters entfallen 58 Stimmen auf Stadtv. Liebenow (N. L.), 36 Stimmen auf Stadtv. Bergmann. Der Erste ist somit gewählt.

Wohnungsfürsorge.

Es folgt die Vorlage betr. den Abschluß eines Vertrages zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Aktiengesellschaft „Verein zur Verbesserung der kleinen Wohnungen in Berlin."

Durch Beschluß vom 22. März v. J. hat die Versammlung den Magistrat ersucht, mit gemeinnützigen Baugenossenschaften und gemeinnützigen Aktiengesellschaften für die Herstellung kleiner Wohnungen in Verbindung zu treten und die Modalitäten festzustellen, wie durch Unterstützung seitens der Stadt (Hergabe von Grund und Boden zu Eigenthum oder im Erbbaurecht, Hypothekenübernahme, Zinsgarantie u. s. w.) kleine, gute, gesunde und möglichst billige Wohnungen seitens jener Genossenschaften und Gesellschaften in erheblicher Anzahl hergestellt werden können.

Der Magistrat hat sich nun bereit erklärt, mit der vorgenannten Aktien-Gesellschaft in Verbindung zu treten und ersucht nunmehr die Versammlung:

1. dem Entwurf eines Vertrages zwischen der Stadt Berlin und der Aktiengesellschaft ihre Zustimmung zu geben,
2. vorbehaltlich der Zustimmung des Herrn Ober-Präsidenten den Magistrat zu ermächtigen, zum Zwecke der Erfüllung des Vertrages von der städtischen Sparkasse zu Lasten der Stadtgemeinde ein Darlehen von 500 000 M. zu entnehmen, welches mit 3½ v. H. jährlich zu verzinsen und zuzüglich der ersparten Zinsen mit 1 v. H. der ursprünglichen Darlehnssumme zu tilgen ist.

Zu dieser Vorlage liegen zwei Anträge auf Ueberweisung an einen Ausschuß vor.

Stadtv. Kaempff (N. L.) befürwortet den Ausschußantrag. Er beleuchtet verschiedene Bestimmungen des Vertragsentwurfs, die ihm bedenklich erscheinen. Besonders bemängelt er die Verpflichtung der Gesellschaft, bei der Vermiethung von Wohnungen Familien mit zahlreichen Kindern zurückzuweisen. Seiner Ansicht nach müßten gerade derartige Familien bevorzugt werden. Ferner bezweifelt Redner, daß die Gesellschaft im Stande sei, billige Wohnungen zu bauen, und schließlich sei auch die nothwendige Frage zu erörtern, wie die erforderlichen Mittel aufzubringen seien. Er hoffe, daß durch die Ausschußberathung etwas ersprießliches bewirkt werden wird.

Stadtv. Dr. Nathan (N. L.), der ebenfalls für Ausschußberathung eintritt, giebt zu, daß zur Zeit ein außergewöhnlicher Wohnungsmangel nicht bestehe, warnt aber vor einer zu optimistischen Auffassung der Verhältnisse, welche noch nicht normal seien. Der Magistrat solle nicht nur mit Aktien-Gesellschaften, sondern auch mit Baugenossenschaften in Verbindung treten, da hier die Aemter Ehrenämter seien und die Genossenschaften deshalb billiger bauen könnten. Die Befürchtungen der Hausbesitzer, daß sie durch das geplante Vorgehen Schaden erleiden könnten, halte er für durchaus unbegründet. Auch er verspreche sich von einer Ausschußberathung nur Gutes.

Stadtv. Borgmann (Soz.) räumt ein, daß die Wohnungsnoth z. Zt. nicht so kraß in Erscheinung trete, aber dies könne leicht wieder der Fall werden, wenn die Bevölkerung wieder rapide wachse. Es scheine ihm, als habe der Magistrat den Verein in Vorschlag gebracht, um die Vorlage wenig schmackhaft zu machen. Er trane dem Verein nicht zu, daß derselbe im Stande sei, billige, gute und gesunde Wohnungen zu schaffen. Er und seine Freunde seien der Ansicht, daß der Wohnungsnoth nur abgeholfen werden könne, wenn der Magistrat auf eigenen städtischen Terrains entweder selbst Häuser baue oder durch Genossenschaften in Erbbaurecht errichten lasse. Auch er beantrage Ausschußberathung.

Stadtrath Fischbeck vertritt die Vorlage des Magistrats und bestreitet, daß die beabsichtigte Verbindung nicht aus beider Ueberzeugung entstanden sei. Natürlich sei eine ganze Reihe von Gesellschaften an den Magistrat herangetreten und habe theils um Darlehne, theils um Grund und Boden, theils um beides ersucht. Der Magistrat habe geglaubt, daß in dieser Sache eine eingehende Erwägung geboten sei. Es habe geprüft werden müssen, ob nicht dauernder Wohnungsmangel vorhanden sei und ob das vorgeschlagene Mittel im Stande sei, diesem Uebel abzuhelfen. Da hätten denn verschiedene Offerten von vorn herein ausgeschieden werden müssen und nur der Verein, dessen Pläne fix und fertig vorlagen, konnte in Betracht kommen. Grundfalsch sei es, wenn von gewisser Seite behauptet werde, daß der Magistrat auch bei dieser Gelegenheit wieder eine Vorliebe für kapitalistische Gesellschaften zum Ausdruck gebracht habe. Diese Unterstellungen seien, wie die ganze Vorlage beweise, geradezu thöricht. Die Belegungsziffer im städtischen Obdach habe sich inzwischen noch verringert. Der Magistrat habe nicht geglaubt, als Bauherr auftreten zu sollen, wenn die Privatbauthätigkeit auf dem Posten sei. Gegen das Erbbaurecht hätten sich verschiedene Autoritäten ausgesprochen. In Betreff der geäußerten finanziellen Bedenken bemerke er, daß er eine Schädigung der Kreditverhältnisse der Sparkasse für völlig ausgeschlossen halte, da die Stadt Berlin Schuldnerin der Sparkasse werde. Gegen eine Ausschußberathung habe er aber nichts einzuwenden.

Stadtv. Haberland (N. L.) tritt den Bedenken entgegen, die vom Stadtv. Borgmann gegen die Aktiengesellschaft erhoben wurden und behauptet, daß die Wohnungsnoth in hygienischer Beziehung noch fortbestände.

Die Debatte wird hierauf geschlossen und die Vorlage darauf einem Ausschusse überwiesen.

Dem Verein für Aquarien- und Terrarienkunde „Triton" bewilligt die Versammlung für Ehrenpreise zu einer im September stattfindenden Ausstellung 300 Mark.

Für den Empfang des im September d. J. hier stattfindenden Deutschen Juristentages im Rathhause bewilligt die Versammlung 10 000 Mark.

Schluß der Sitzung 8½ Uhr.

Lokales.

† **Die Fernsprechstörungen beseitigt.** Die Wiederinstandsetzung der gestörten Fernsprechleitungen im Kabelkeller des Stadtfernsprechamtes III in der Oranienburgerstraße hat sich durch Verwendung aller verfügbaren Kräfte etwas schneller bewerkstelligen lassen, als noch in den letzten Tagen angenommen werden konnte

Wie wir berichtet haben, hatte man gehofft, die Arbeiten am 1. Mai zu beendigen. Thatsächlich waren schon am 30. April Mittags sämmtliche Störungen beseitigt. Die umfangreichen Arbeiten sind somit in 13 Arbeitstagen bewältigt worden. Abgesehen von zahlreichen Verbindungsleitungen mit anderen Aemtern sind mehr als 4000 Theilnehmeranschlüsse wieder in Stand gesetzt worden.

† **Bei der Hochbahn** ist seit ihrer Eröffnung eine Reihe von Verbesserungen durchgeführt worden. So hat man vor allem damit angefangen, Windschutzbretter an den Haltestellen der Hochbahn aufzustellen, um das wartende Publikum wie die Beamten vor dem Luftzug zu schützen. Zum Schutze der Bahnsteigwärter, welche die Fahrkarten abnehmen, sind Schaffnerwannen aus Holz und Glas aufgestellt, welche die Beamten bei ihrem anstrengenden Dienst vor den Unbilden der Witterung schützen. Auf allen Haltestellen werden ferner Schutzräume zum Aufenthalt der Beamten geschaffen. Die Richtungsanzeiger bei den Untergrundbahnhöfen Zoologischer Garten und Wittenbergplatz werden durch große Transparente aus Glas, die erleuchtet werden, ersetzt. Sie tragen wie die Stirnschilder an den Wagen die Signalfarben. Die Schilder an den Haltestellen und an den Zügen, sowie das fortgesetzte Ausrufen der Richtung der Züge dürften ein Einsteigen in einen falschen Zug so gut wie unmöglich machen. Der Wagenpark der Hochbahn wird demnächst um sieben Stück vermehrt werden, die sich bereits in Montage befinden. Es wird ferner geplant, einen vierten Wagen in die Züge einzustellen, um auch den stärksten Anforderungen genügen zu können. Die Klinken an den Thüren der Wagen werden durch eine neue Anordnung ersetzt, die es unmöglich macht, die Griffe anders als von unten anzufassen. Mit den alten wie mit den neuen Klinken kann man nur auf diese Weise die Thür öffnen.

† **Inkrafttreten des neuen Gesammtfahrplans der Straßenbahnen.** Das Inkrafttreten des neuen Fahrplans der Großen Berliner Straßenbahn ist soeben auf den 6. Mai festgesetzt worden. Er wird den seit dem 1. Juni v. J. geltenden Fahrplan ersetzen, an dem bisher nur Aenderungen im Einzelnen vorgenommen worden sind. Der neue Fahrplan unterscheidet sich sehr wesentlich von allen seinen Vorgängern. Er vereinigt zum ersten Mal sämmtliche Fahrpläne und Tarife der unter der Direktion der Großen Berliner stehenden Gesellschaften, der Großen, der Westlichen und der Südlichen Vorortbahn sowie der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn. Die neuen Liniennummern an den Signallaternen der Wagen sind auch für die Anordnung des Fahrplans maßgebend, so daß dieser eine sehr leichte Uebersicht gewährt. Zur Vereinfachung eines derartigen Materials ist eine Tafel von mehr als einen Quadratmeter Fläche nothwendig gewesen. Der Gesammtfahrplan wird nicht wie bisher in den Wagen zum Aushang gebracht, sondern auf den Bahnhöfen der Stadtschnellbahn in Berlin und den belebtesten Vororten, sowie an öffentlichen Orten zur allgemeinen Kenntnißnahme als Aushang verwendet werden. An Stelle der bisher in den Wagen zum Aushang gebrachten Fahrpläne und Tarife werden Hängeplakate für jede Linie besonders angebracht. Aus diesen sind die Betriebszeiten, die Fahrabstände und, soweit es der Raum gestattet, auch der Tarif in leicht lesbarem Druck an sichtbarer Stelle zu ersehen. Falls der Tarif auf dem Plakat keinen Platz findet, wird er besonders ausgehängt. Um dem Publikum die von den Wagen zu durchkreuzenden Straßenzüge und Nebenstraßen durch ein Plakat darzustellen, soll in sämmtlichen Wagen ein Straßen-Tableau von der in Frage kommenden Linie als Hängeplakat gleichfalls zum Aushang gebracht werden.

† **Der Verein „Mädchenhort" in Berlin** hielt am Mittwoch Abend seine diesjährige Generalversammlung unter Vorsitz der Frau Emilie Mosbe ab. Stadt- und Kreisschulinspektor Dr. Fischer erstattete den Jahresbericht. Der Verein besteht seit 18 Jahren und unterhält jetzt 14 Mädchenhorte, der 14. Hort wurde im vorigen Jahre eröffnet. Die Wirksamkeit des Vereins, schulpflichtige Töchter armer Eltern, insbesondere von Wittwen, die außer dem Hause ihrem Erwerbe nachgehen, während der schulfreien Zeit in Obhut zu nehmen, findet auch die Unterstützung der städtischen Behörden, die dem Verein außer einer jährlichen Subvention von 2000 M. die Gemeindeschulen für seine erzieherischen Zwecke zur Verfügung gestellt haben. In den 14 Horten fanden im vergangenen Jahre über 800 Kinder eine Heimstätte, Pflege und Erziehung. Der Bestand betrug am 1. Januar 1901 771 Kinder, im Laufe des Jahres fanden weitere 376 Kinder Aufnahme, 336 kamen zur Entlassung, am 1. Januar dieses Jahres betrug der Bestand 811. Die Kinder gehörten sämmtlichen schulpflichtigen Altersstufen an, die Mehrzahl jedoch den siebenten bis elften Lebensjahre. Von den konfirmirten Mädchen fanden 15 Aufnahme in der Haushaltungsschule in Großbeerenstraße. Die Sparkasse des Vereins wurde von 196 Kindern benutzt. Der Gesundheitszustand war in den meisten Anstalten gut. In den Ferienkolonien fanden 78 Kinder Aufnahme, für die übrigen Kinder wurden in den großen Sommerferien in den einzelnen Anstalten Halbkolonien eingerichtet, die Kinder erhielten Bäder, Milch und in 10 Horten auch Abendbrot. Es wurde für möglichst ausgedehnten Aufenthalt im Freien gesorgt, häufig wurden auch weitere Ausflüge mit den Kindern unternommen. Mittagessen wurde in 9 Horten verabreicht. Durchschnittlich wurden 130 Kinder täglich gespeist, wovon mehr als die Hälfte Freispeisung erhielten; in Hort 2 und 14 wurde selbst gekocht. Der vom Stadtverordneten Schöpke erstattete Kassenbericht ergab eine Einnahme von 13 132,90 M., mit dem Bestande aus 1900 (14 522,65 M.) zusammen 27 655,53 Mark. Die Ausgaben betrugen für die Horte 17 138,05 Mark, für Drucksachen 151,50 M., diverse Unkosten 330,28 M., Porto 42,25 M., Wolle und Baumwolle für die Horte 792,55 M. An die Pensionskasse für die Lehrerinnen der Horte wurden 1120 M. abgeführt. Diese hat nunmehr einen Bestand von 4467,40 M. Als Vortrag verbleiben 8380,90 M. Der Voranschlag für das neue Vereinsjahr wurde auf 20 420 M. festgestellt. Das Vermögen des Vereins betrug am 31. Dezember v. J. 58 184,95 M. Die Entlastung wurde einstimmig ertheilt und in den Ausschuß Frau Tovi Wolf, Vorsteherin des 14. Mädchenhorts, zugewählt. Der Ausschuß besteht nunmehr aus 36 Mitgliedern, 20 Damen und 16 Herren.

Kleine Chronik.

✱ **Die Eröffnung der großen Arbeiter-Heilstätte der Landesversicherungsanstalt Berlin in Beelitz** hat am Mittwoch stattgefunden. Die Belegung der Anstalt mit Pfleglingen findet am Montag statt. Besichtigungen der Heilstätte in großem Umfange sollen nicht vor dem Herbst gestattet werden, nachdem die Anstalt in allen Theilen fertiggestellt sein wird.

✱ **Aus dem Leben des Adels.** Prinzessin Katharina Radziwill wurde, wie aus Kapstadt gemeldet wird, wegen Fälschung von Wechseln auf den Namen von Cecil Rhodes zu zwei Jahren Haft, ohne Zwangsarbeit, verurtheilt. Prinzessin Katharina Radziwill ist eine geborene Gräfin Rzewuska und Ehrendame des bairischen Theresienordens. Sie ist seit dem Jahre 1873 vermählt mit dem Prinzen Wilhelm Radziwill, preußischem Major a. D. und russischem Kammerjunker, einem Bruder des Fürsten Anton Radziwill, General-Adjutanten des deutschen Kaisers. Rhodes selbst hat noch vor seinem Tode seine Unterschrift auf den Wechseln als Fälschliche bezeichnet und Prinzessin Radziwill wurde in Haft genommen. Es soll sich um die Summe von 400 000 Mark handeln. Ueber die Verhandlungen des Prozesses wird berichtet: Die Angeklagte sagte in dem Verhör vom 29. April nach einem Telegramm des Bureau Reuter aus, daß sie in Europa eine angesehene Stellung eingenommen habe. Ihr Gatte habe zum Hofhalt des deutschen Kronprinzen gehört. Die verstorbene Kaiserin Friedrich sei ihr sehr befreundet gewesen. Sie habe Mr. Rhodes in England kennen gelernt und ihn in Grootschuur in Südafrika häufig besucht. Sie habe mit ihm viel über Politik gesprochen und durch ihre Vermittelung hätten viele Leute politische Briefe an Mr. Rhodes geschickt. So u. A. Mr. Stead. Um die Zeit des Todes der Königin Viktoria habe sie einen sehr heftigen Streit mit Rhodes gehabt. Dieser habe von ihr Dinge verlangt, die sie nicht habe thun wollen. So habe er u. A. verlangt, daß sie ihm einen Brief von Mr. Stead zurückgeben solle, den sie in Besitz gehabt habe. Alle Checks mit der Unterschrift des Mr. Rhodes habe sie von der Frau des verstorbenen Mr. Scholtz erhalten. Sie habe sie damals für echt gehalten und sei auch heute noch der Ansicht, daß sie echt seien. Sie habe sich gescheut, die Checks zu verwenden, weil ihr dies nach dem Bruch mit Rhodes nicht anständig erschienen sei. Als aber die Zeitung „Greater Britain" in Schwierigkeiten gekommen sei, habe sie einen Check von 3000 Pfund gebraucht. Sie habe niemals Checks für ihre Privatzwecke verwendet. Sie habe seitdem die 3000 Pfund zurückgezahlt und gegen Rhodes auf Rückerstattung dieses Betrages geklagt. Wenn ihr Vorgehen gegen Rhodes erfolgreich wäre, so würde sie den ganzen Betrag zu einem wohlthätigen Zwecke hergeben. Im Kreuzverhör gab die Prinzessin zu, daß sie sich mit Unrecht auf Mr. Burbett Coutts bezogen habe. Sie habe nicht gewußt, daß der Manager der Zeitung erfahre, auch welche Quelle das Geld komme. Als der Oberrichter die Angeklagte einmal warnte, in ihren Aussagen vorsichtig zu sein, erwiderte sie heftig: „Ich habe niemals Betrug begangen. Wenn Sie mir Betrug nachweisen, so werde ich Ihnen dankbar sein." Die Angeklagte bestreitet, der Zeugin Scholtz gesagt zu haben, daß sie Briefe kompromittirenden Inhalts von Lord Milner besäße. Sie habe kompromittirende Briefe von Mr. Rhodes besessen, aber Lord Milners Briefe seien unverfänglich gewesen. Ihre Korrespondenz befinde sich in den Händen eines Freundes in England. Sie gebe zu, Mrs. Scholtz brieflich angeschwärzt und ihr geschrieben zu haben: „Ich will jetzt meine Rache nehmen und werde Ihnen keine Gnade zeigen." Zum Schluß des Verhörs rief die Gefangene theatralisch aus: „Ich schwöre vor Gott, daß ich unschuldig bin." Die Zeugin Scholtz leugnet, der Angeschuldigten Blanko-Wechsel mit der Unterschrift des Mr. Rhodes gegeben zu haben. Sie habe keine Ahnung von solchen Wechseln. — Vor Gericht kam auch ein Brief zur Verlesung, den die Prinzessin am 12. Februar an Dr. Jameson schrieb. In diesem Briefe sagt sie: „Nach den scheußlichen Lügen, die Rhodes vor Gericht ausgesagt hat, können weder Sie noch er sich darüber wundern, wenn ich Ihnen sage, daß ich starke Maßnahmen treffen werde, um zu beweisen, daß er einen Meineid gethan hat. Auch eine Frau kann zeigen, daß sie helfen kann." Als nach Schluß der Plaidoyers die Jury berieth, ließ die Prinzessin ein Geldstück tanzen, um zu sehen, ob sie verurtheilt werden würde oder nicht. Dann rief sie verzückt aus: „Nichtschuldig!" Die Jury gab jedoch ein einstimmiges „Schuldig" ab. Der Präsident gebot der Prinzessin, bei der Urtheilsverkündung aufzustehen, was sie gesenkten Hauptes, mit fest zusammengebissenen Zähnen und einem Rieckfläschchen vor dem Gesicht, that. Der Vorsitzende erklärte, der Wahrspruch sei peinlich für eine Dame ihres Ranges. Bei dem auf zwei Jahre Gefängniß ohne Zwangsarbeit lautenden Urtheil habe er aber noch ihre zarte Gesundheit und den Umstand berücksichtigt, daß Niemand Geld durch sie verloren hat.

Sport.

Rennen zu Berlin-Karlshorst, Donnerstag, den 1. Mai 1902.

1. Tempelhofer Hürden-Rennen. Preis 2000 M. Dist. 3200 Meter. Lt. v. Griesheim's Kunstreiter (Reiter Charvat) 1. Frhrn. v. Hewald's Jago 2. Herrn A. Kaften's Brattle 3. Tot.: 17:10. Platz: 25 u. 24:20. Mit viertehalb Längen gewonnen. Ferner liefen: Brüderchen, Ahufran und Pirouette.

2. Haselhorster Jagd-Rennen. Preis 5000 M. Herren-Reiten. Dist. ca. 5000 Meter. Herrn K. v. Tepper-Laski's Fasolt (Reiter: Lent. v. Zingler) 1. Rittm. v. d. Knesebeck's Herold III. 2. Totalisator: 11 für 10. Mit drei Längen gewonnen.

3. Hürden-Rennen der Vierjährigen. Preis 2000 M. Dist. ca. 3200 Meter. Mr. W.'s Cabdna (Reiter: Brandt) 1. Lent. v. Flemming's Mirza Schaffy 2. Totalisator: 10 für 10. Mit weiten Vorsprung gewonnen.

4. Prinz Friedrich Leopold-Jagd-Rennen. Ehrenpreis und 2500 M. Offizier-Reiten. Distanz ca. 4000 Meter. Lt. v. Bitzewitz's Volker (Reiter: Besitzer) 1. Rittmeister v. d. Knesebeck's Fore and Aft 2. Major v. Rautenberg-Garczynski's Daguet 3. Totalisator: 12 für 10. Mit zwei Längen gewonnen.

5. Jane Cyre-Jagd-Rennen. Preis 2800 M. Distanz ca. 3200 Meter. Herrn O. Kaupisch's Minnesänger (Reiter: Seibert) 1. Frhrn. v. Reinhardt's Ninette 2. Lt. v. Wedel's Edelfräulein 3. Totalisator: 20 für 10. Platz: 22 und 23 für 20. Mit einer Länge gewonnen. Ferner lief: Schönan.

6. Osten-Memorial. Ehrenpreis und 2000 M. Jagd-Rennen. Offizier-Reiten. Distanz ca. 3500 Meter. Lt. v. Mitlaff's Veilchen (Reiter: Besitzer) 1. Lt. Mutzel's Tinsley 2. Major von Rautenberg-Garczynski's April Fool 3. Totalisator: 38 für 10. Platz: 26 und 24 für 20. Mit zwei Längen gewonnen. Ferner liefen: Ring juan und Ilfs.

7. Postillon-Jagd-Rennen. Preis 2500 M. Distanz ca. 3000 Meter. Gr. Seidlitz-Sandreczki's Abnherr (Reiter: L. Printen) 1. Hrn. K. v. Tepper-Laski's Jinshahn 2. Hrn. A. von Hoberlen's Gadolp 3. Totalisator: 31 für 10. Platz: 31, 41 und 39 für 20. Siegte mit zwei Längen. Ferner liefen: Oleander, Trilby I., Staatsanwalt und Bernstein.

Industrie, Handel, Börse.

Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin. Von der Generalversammlung vom 5. April ist beschlossen worden, das Aktienkapital um 10 Millionen Mark auf 50 Millionen Mark zu erhöhen. Von den neuen Aktien nehmen 5 Millionen Mark an der Dividende vom 1. Januar 1902 ab und die anderen 5 Millionen Mark an der Dividende vom 1. Januar 1903 ab Theil. Ein Syndikat unter Führung der Deutschen Bank hat die neuen Aktien mit der Verpflichtung übernommen, den Besitzern der alten Aktien ein Bezugsrecht dergestalt anzubieten, dass auf je 4000 M. alte Aktien 1000 M. Aktien mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1902 zum Kurse von 110 pCt. zuzüglich 4 pCt. Stückzinsen ab 1. Januar und 1000 M. Aktien mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1903 ab zum Kurse von 106 pCt. franko Zinsen entfallen. Das Bezugsrecht ist vom 2. bis 20. Mai hierselbst bei der Deutschen Bank, der Berliner Handels-Gesellschaft und der Mitteldeutschen Kreditbank geltend zu machen. Dasselbe kann nur ungetheilt für beide Aktienkategorien ausgeübt werden. (Siehe Inserat.)

Neue serbische Anleihe. Die in Paris geführten Verhandlungen wegen der neuen Anleihe sind nunmehr zum Abschluss gekommen. (Die vorgestrige Meldung des Wolff'schen Telegraphen-Bureaus von dem Abschluss war verfrüht.) Es handelt sich dabei um eine fünfprozentige Anleihe im Betrage von 60 Millionen Francs. Die Anleihe ist ausschliesslich für den Pariser Platz bestimmt. Der Erlös wird verwandt zur Tilgung der schwebenden Schuld, zur Ausführung von Bauten und zum Ausgleich der Schwankungen des nächsten Budgets. Es sind ferner Bestimmungen getroffen, durch welche die serbische Regierung verhindert wird, schwebende Schulden in grossem Umfange zu kontrahiren. Die Anleihe wird einerseits durch die Ueberschüsse der Monopole, welche zur Zeit doppelt so hoch sind wie der Betrag der Annuität der neuen Anleihe, andererseits durch eine erste Hypothek auf sämmtliche Serbischen Eisenbahnen sichergestellt, wobei allerdings ein kleiner Betrag zu Gunsten der Wiener Union-Bank mit in Frage kommt.

Berliner Bank. Der Bankier Anton Müller in Baden-Baden als Besitzer einer Aktie hat gegen die Beschlüsse der am 26. März abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung Klage erhoben; Termin zur mündlichen Verhandlung ist auf den 23. Mai 1902 vor der ersten Kammer für Handelssachen des hiesigen Landgerichts I anberaumt.

Zuckerfabrik Körbisdorf. Der Aufsichtsrath beschloss, für das abgelaufene Geschäftsjahr 4 pCt. Dividende gegen 9½ pCt. im Vorjahr vorzuschlagen.

Zahlungseinstellungen der Textilbranche. Der hiesigen Tapisseriewaarenfirma C. Lemus & Co., deren Inhaber die Herren Adolf und Alfred Strien sind, haben die Gläubiger, nach dem „Kont." zu einer abgehaltenen Versammlung die allmähliche Liquidation des Geschäfts zugebilligt. In der Hauptsache handelt es sich um Kapitalgläubiger, zum geringeren Theil kommen Waarengläubiger in Betracht und hierfür vornehmlich erste Berliner Firmen. — Die Phantasiewollwaaren-Fabrik M. Teichmann in Leobschütz sieht sich gezwungen, die Zahlungen einzustellen. Die Firma gehörte zu den angesehensten Schlesiens. Die Firma hat in den letzten Jahren grosse Verluste in England, Spanien und Rumänien gehabt. Man nimmt mit Bestimmtheit an, dass eine aussergerichtliche Einigung zu Stande kommt. Die Passiven betragen 718 000 M. die Aktiven 198 000 M. Für den Fall einer aussergerichtlichen Einigung erhalten die Gläubiger in Folge der Verzichtleistung der Verwandten 50 pCt. Vorläufig wird der Betrieb weitergeführt. Hauptbetheiligt sind Spinnereien und Wollhändler mit Beträgen bis 40 000 M.; der Oberschlesische Kreditverein soll mit 50 000 M. betheiligt sein.

Verloosungen.

Braunschweig, 1. Mai. Serienziehung der Braunschweiger 20 Thaler-Loose: 55 214 511 541 951 1198 1271 1290 1326 1381 1454 1564 1772 2233 2866 2883 2985 3000 3012 3015 3339 3411 3573 3634 3737 3969 4053 4113 4352 4512 4630 5590 5979 6563 6776 6849 6862 7023 7068 7206 7627 7667 7748 7999 8033 8178 8188 8199 8278 8456 8587 8742 8808 8834 8844 9022 9048 9147 9802 9864 9954.

München, 1. Mai. Gewinnziehung der vierprozentigen bayerischen Prämienanleihe von 1866: 300 000 M. Nr. 89 559. 48 000 M. Nr. 82 066. 18 000 M. Nr. 118 555. 4800 M. Nr. 158 168. Je 2400 M. Nr. 31 487 49 343 134 145. Je 600 M. Nr. 301 304 337 2329 3232 4868 4884 7942 14 697 20 307 20 310 20 550 21 307 21 318 21 319 22 456 22 465 22 496 25 519 32 820 36 387 47 575 50 411 50 413 51 545 57 033 59 095 65 762 67 268 67 235 76 887 77 453 77 514 77 994 77 997 79 654 81 827 82 021 82 761 89 567 90 190 100 355 100 385 105 215 108 806 108 844 109 119 109 149 109 468 109 476 110 469 110 471 110 476 114 470 118 140 123 718 124 617 127 516 127 528 128 559 128 574 128 919 128 937 134 115 134 149 134 150 137 217 148 157 148 359 148 379 150 633 155 561 155 590 155 596 155 897 158 169.

Wien, 1. Mai. Prämienziehung der österreichischen 1860er Loose: 600 000 Kronen Ser. 15 343 Nr. 14. 100 000 Kronen Ser. 1134 Nr. 20. 50 000 Kronen Ser. 4757 Nr. 10. Je 20 000 Kronen Ser. 1592 Nr. 7. Ser. 11 013 Nr. 18. Je 10 000 Kronen Ser. 155 Nr. 17, Ser. 462 Nr. 13, Ser. 4645 Nr. 13, Ser. 6161 Nr. 5, Ser. 6276 Nr. 5, Ser. 8251 Nr. 9, Ser. 8333 Nr. 4, Ser. 9187 Nr. 9, Ser. 10 421 Nr. 19, Ser. 13 032 Nr. 12, Ser. 13 907 Nr. 19, Ser. 15 104 Nr. 16, Ser. 17 329 Nr. 18, Ser. 17 574 Nr. 5, Ser. 17 774 Nr. 8. Je 2000 Kronen Ser. 10 Nr. 15, Ser. 2051 Nr. 4, Ser. 3470 Nr. 13, Ser. 4012 Nr. 16, Ser. 4461 Nr. 17, Ser. 4645 Nr. 14, Ser. 4645 Nr. 15, Ser. 5543 Nr. 3, Ser. 6561 Nr. 4, Ser. 8677 Nr. 29, Ser. 10 075 Nr. 4, Ser. 11 377 Nr. 16, Ser. 13 953 Nr. 12, Ser. 13 967 Nr. 8, Ser. 14 510 Nr. 8, Ser. 14 683 Nr. 11, Ser. 14 842 Nr. 4, Ser. 15 225 Nr. 10, Ser. 15 286 Nr. 18, Ser. 16 038 Nr. 15, Ser. 16 567 Nr. 2, Ser. 17 361 Nr. 17, Ser. 17 615 Nr. 1, Ser. 17 615 Nr. 9, Ser. 17 647 Nr. 8, Ser. 17 647 Nr. 18, Ser. 18 213 Nr. 3, Ser. 18 301 Nr. 12, Ser. 18 474 Nr. 11. Ser. 19 918 Nr. 3.

Konkurse.

Auswärts. Kaufm. Gustav Spalla in Allenstein. — Kaufm. Arnold Annaheim in Colmar. — Kaufm. Samuel Lewin in Mogilno.

Letzte Nachrichten.

Frankfurt a. M., 1. Mai. Der „Frkf. Ztg." wird aus Genua berichtet. Ein Zug von 35 000 Arbeitern passirte die Strassen von Genua nach Sampierdarena, wo der Deputirte Pietro Chiesa eine Rede zur Maifeier hielt.

Frankfurt a. M., 1. Mai. Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Tripolis, daß gestern daselbst aus Konstantinopel 2000 Mann Truppen eingetroffen seien.

Wien, 1. Mai. Das Abgeordnetenhaus setzte die Berathung des Handelsbudgets bei dem Titel „Förderung der Gewerbe" fort. Die meisten Redner erklärten die hierfür in das Budget eingestellten Mittel für unzureichend und traten für eine Hebung des Handwerker- und Gewerbestandes und den Schutz derselben gegen die Konkurrenz der Strafhausarbeit und für eine gründliche Reform der Gewerbeordnung ein.

Wien, 1. Mai. Der Verband der deutschen Volkspartei beschloß den Sprachenantrag der Alldeutschen Vereinigung der parlamentarischen Kommission des Verbandes, welche sich seit längerer Zeit mit der Frage eines Sprachengesetzentwurfes beschäftigt, zur Berathung zuzuweisen. — Die deutsche Fortschrittspartei beschäftigte sich heute gleichfalls mit dem Sprachenantrag der Alldeutschen Vereinigung. Es wurde hervorgehoben, daß die Angelegenheit nur im Einvernehmen aller deutschen Parteien verhandelt werden könne. Der Vorstand wurde demgemäß beauftragt, zunächst mit der Deutschen Volkspartei in dieser Frage Fühlung zu nehmen.

Wien, 1. Mai. Die Maifeier der Arbeiterschaft ist hier und in der Provinz bisher ruhig verlaufen. Die Betheiligung an dem Proteststreik war nur gering. Die Regenwetters gering.

Paris, 1. Mai. Der Romanschriftsteller Xavier de Montépin ist gestorben.

London, 1. Mai. Heute Vormittag ist das Erste deutsche Geschwader, das unter dem Befehl des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner dritten Uebungsreise nach der Nordsee begriffen ist, im Lough Swilly (Nordküste von Irland) eingetroffen. Das Geschwader war direkt von Kiel über Nord-Schottland dorthin gefahren.

London, 1. Mai. Unterhaus. Der Erste Lord des Schatzes Arthur J. Balfour erklärt, bezüglich der Friedensverhandlungen besitze die Regierung gegenwärtig keine Information, die er dem Hause mittheilen könne.

Zu Beantwortung einer Anfrage über die transatlantische Schifffahrts-Kombination führt der Handelsminister Gerald W. Balfour aus: Die Regierung ist über die Natur der Transaktion informirt, aber die Information wurde vertraulich gegeben. Ich bin nicht in der Lage, irgend eine Mittheilung über die genauen Bestimmungen des Abkommens zu machen, ich kann aber sagen, daß es eine Aenderung in der Nationalität der Schiffe nicht nothwendiger Weise involvirt. Mit großer Aufmerksamkeit wird darauf gesehen werden, daß keine Gesetzesverletzung erfolgt. Ich kann bezüglich der Schritte der Regierung in dieser Angelegenheit keine andere Mittheilung machen, als die bereits erfolgt ist.

Woodhouse (lont.) wünscht die Ansichten der Regierung kennen zu lernen, welche, wenn sie zeige, daß sie sich den Ernst der Angelegenheit vergegenwärtige, die Besorgnisse des Publikums abschwächen würde. Er bestreite, daß die Ursache des Erfolges der Amerikaner ein Fehlen an Energie auf Seiten der britischen Kaufleute sei. Balfour entgegnet, eine Erörterung des Antrages könne keinerlei nutzenbringende Ergebnisse haben. Die Aufmerksamkeit der Regierung sei schon Wochen hindurch auf die Angelegenheit gerichtet gewesen. Man müsse bedenken, daß es sich hier nicht um ein kommerzielles, von einer feindlich gesinnten auswärtigen Regierung durchgeführtes Unternehmen handle, sondern um eine Kombination des Handelsvorteils.

Nach längerer Debatte, in deren Verlauf Lord Beresford sich für Schaffung von Konkurrenzlinien nach Canada ausspricht, zieht Woodhouse seinen Antrag zurück.

Kopenhagen, 1. Mai. Das Landsthing hielt heute eine geheime Sitzung zur Berathung über die Abtretung der dänisch-westindischen Inseln. Im Verlaufe der Sitzung wurden Zweifel über die Auslegung eines Punktes des Vertrages erhoben. Es soll hierüber eine telegraphische Korrespondenz mit Amerika stattfinden und dann, wahrscheinlich am Dienstag, eine neue geheime Sitzung abgehalten werden. In der am Schlusse der heutigen Sitzung vorgenommenen Abstimmung hielt die Majorität ihren bisherigen Standpunkt fest, die definitive Entscheidung über die Abtretung der Inseln bis nach der Abstimmung der zu den Kolonialräthen Wahlberechtigten zu vertagen.

Charkow, 1. Mai. Der Minister des Innern v. Plehwe ist aus Poltawa hierher zurückgekehrt und nach mehrstündigem Aufenthalt in nördlicher Richtung weitergereist.

Frankfurt a. M., 1. Mai. Oestr. Kreditaktien 211,50, Franzosen 143,10, Lombarden 16,90, Ungar. Goldrente 101,10, Gotthardbahn 167,70, Diskonto-Kommandit 186,70, Dresdner Bank 139,30, Berliner Handelsgesellschaft 152,30, Harpener 169,00, Laurahütte 201,50.

Wien, 1. Mai. Nachmittags. (Schluss - Course.) Ungarische Kreditaktien 691,00. Oestr. Kreditaktien 673,75, Franzosen 666,00 Lombarden 58,00. Galizier —,—. Nordwestbahn 461,00. Elbethalbahn 468,00. Oest. Papierrente 101,65. do. Goldrente 120,35. 5proz. ungar. Papierrente —,—. 4proz. ungar. Goldrente 119,85, Marknoten 117,27, Napoleons 19,07. Bankverein 452,50. Tabakaktien —,—. Unionbank 549,00, Länderbank 424,50. Alpine Montan 383,00.

Paris, 1. Mai, Nachm. (Schluss - Course.) 3proz. Rente 101,05, 4proz. Anleihe —,—. Italiener 102,25. Franzosen —,—. Lombarden —,—. Türken 26,07. Suezkanal-Aktien 3973. Ottomanbank 566,00, Rio Tinto 1113.

London, 1. Mai. Heute keine Börse.

Amsterdam, 1. Mai. Bancazinn 73¾.

London, 1. Mai. Chile-Kupfer 52½, per 3 Monat 52½.

Hierzu Beiblatt.